

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 4,50 RM, monatlich 1,50 RM, frei ins Haus, vorausbezahlt. Einzelne Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatslich, vom Postamt abgeholt 1,60 RM, vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Innerer Kreisverkehr für Deutschland und Österreich-Litauen 3.— RM, für das übrige Ausland 4,50 RM monatlich. Versand ins Freie bei halbjährlicher Bestellung monatlich 1,80 RM. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Preussische Provinzen und die Schweiz. Eintragungen in die Postzeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Belegblätter des Anzeigenkataloges 50 Pf. „Kleines Anzeigen“, das fettgedruckte Wort 30 Pf. (außerdem 2 fettgedruckte Wörter, jedes weitere Wort 15 Pf.). Stellenanzeigen und Geschäftsangelegenheiten das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20 Pf. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte - Anzeigen 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgelesen werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. **Donnerstag, den 6. Juni 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Erweiterte Erfolge südlich der Aisne.

## Die Lebensmittelkrise in Rußland

**Gewalt gegen Gewalt.**  
 Ein ausführliches Dekret des Rates der Volkskommissare schildert die verzweifelte Lage der Lebensmittelversorgung Rußlands und hebt hervor, daß konterrevolutionäre Mächenschaften dahin arbeiten, durch Desorganisierung der Belieferung des Landes und Zurückhaltung der Vorräte die Macht der Sowjets zu untergraben. Die bestehenden Schichten der ländlichen Bevölkerung scheuen nicht davor zurück, durch Anwendung der in ihrer Macht befindlichen Mittel eine gewalttätige Katastrophe herbeizuführen. „Auf die Gewalttätigkeit der Bourgeoisie muß die Gewaltpolitik der Sowjets die Antwort sein“ — ruft das Dekret aus und verfügt folgende Maßnahme:  
 Wer Getreide zurückhält oder es zum Brennen von Trinkschwein verwendet, wird zum Feinde des Volkes proklamiert. Überall sind Durchsuchungen vorzunehmen. Das nicht an festgesetzte Abnahmestellen abgelieferte Getreide wird konfisziert. Die Besitzer sind zu Gefängnisstrafen von mindestens 10 Jahren zu verurteilen. Wer versteckte Vorräte den örtlichen Behörden anzeigt, erhält die Hälfte des Preises der gesamten beschlagnahmten Getreidemenge, während die andere Hälfte der Gemeinde zufällt.  
 Eine Reihe weiterer Bestimmungen ordnet weitere organisatorische Maßnahmen, deren Gesamtheit durchaus den Eindruck erweckt, daß die Situation außerordentlich zugespitzt ist. Bezeichnend ist, daß in Moskau ein Befehl veröffentlicht ist, der den zuständigen Bezirkskommissaren zur Pflicht macht, die vor Hunger gestorbenen Kinder sofort anzumelden. Noch verzeiweltlicher ist die Lage in Petersburg. Auch aus der Provinz treffen dröhnende Nachrichten ein, die schauerhafte Einzelheiten melden. Während so in Städten und strichweise auf dem Lande der Hunger erbarmungslos wütet, ist in verschiedenen anderen Landesteilen zweifellos die Lage nicht so beängstigend.

## Zurückwerfen der Franzosen westlich von Soissons.

Berlin, 5. Juni 1918, abends. Amtlich.  
**An der Schlachtfrent ist die Lage unverändert.**  
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. Juni 1918. (W. T. B.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Erfolgreiche Vorstöße in Flandern brachten Gefangene ein. Der Artilleriekampf lebte vorübergehend auf.  
**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 In Erweiterung unserer Erfolge auf dem Südsafer der Aisne warfen wir den Feind auf Ambloy — Cetry zurück und nahmen seine Stellungen nördlich von Dommiers.  
 Derliche Kampfhandlungen beiderseits des Durc-Flusses. Im übrigen ist die Lage unverändert.  
 Leutnant Löwenhardt errang seinen 26. Aufstieg.  
 Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.  
 Berlin, 4. Juni. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 12 000 Br. Reg.-T. versenkt. Unter den versenkten Dampfern befanden sich zwei mittelgroße bewaffnete Dampfer, einer davon englischer Nationalität.  
 Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Die Schlacht von Soissons.

Von Richard Gädle.  
 Der überraschende Stoß, den die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz am 27. Mai gegen den Damenweg ansetzte, hat schnell eine große Ausdehnung gewonnen und bedeutet in seinem bisherigen Ergebnis eine schwere Niederlage der Franzosen und der Engländer. Der Verlauf der drei ersten Schlachttage beweist, daß der Gegner von diesem Angriff völlig unvorbereitet getroffen worden ist. Nicht nur die Truppe selbst, die zum erheblichen Teile aus abgekämpften Divisionen besteht und erst kürzlich mit jungen, vielfach wenig geübten Ersatz ausgefüllt war. Sie hat nicht den Widerstand geleistet, den unsere Leute in den ersten drei Tagen des Märzangriffes zu überwinden hatten, obwohl sie gleichfalls in sehr starken, sorgfältig ausgebauten Stellungen stand. Auch ihre Artillerie ist durch den plötzlichen und gewaltigen Feuerüberfall der deutschen Batterien in kurzer Frist gelähmt worden und konnte den Schwung des im Morgen-grauen losbrechenden deutschen Sturmest nicht hemmen. Unser Fußvolk stieß so rasch bis zu ihr durch, daß ein erheblicher Teil weder abfahren, noch auch von ihrer Bedienung vernichtet werden konnte. Die französisch-englischen Divisionen, die unsern Angriff in der vordersten Linie aushalten mußten, sind alle schwer geschädigt, einzelne nahezu vernichtet worden, sie haben Verluste von 40 und 50, selbst bis zu 70 vom Hundert erlitten.  
 Auch die oberste Heeresführung des Gegners, auf deren überragendes Können man in England und Frankreich so stolzes Vertrauen gesetzt hatte, ist durch Hindenburgs Feldherrnkunst wiederum gründlich überrascht worden. Das kommt davon, wenn ein Führer sich in einen einzigen Gedanken einspinnt und nur auf das Loch in einer einzigen Richtung starrt, selbst wenn seine Erwägungen an sich weder falsch noch auch nur unzutreffend sind. Ein Feldherr muß einen Geist von höchster Beweglichkeit und eine Abnungsbereitschaft besitzen, das durch den Nebel der Ungewissheit hindurchdringt, der im Kriege alle Pläne des Feindes verhüllt. Dieses höchste Maß an Feldherrnkunst besaß Moltke im Feldzuge 70/71 und hat darin vielleicht alle Feldherren vor ihm übertroffen. Rühmen wir Hoch aber als Widerlegungsgrund ein, daß in diesem Bereich die große Schwierigkeit jeder Verteidigung liegt. Auch unsere Bundesgenossen haben es im Sommer 1916 bei Brussilows Angriff gegen den Stur erfahren. Wenn wir selbst zu jener Zeit durch den Stoß an der Somme nicht überrascht wurden, so kam uns doch nach dem Zugeschändnis des Großen Hauptquartiers die ungeheure Massenhaftigkeit des Angriffsgerätes unerwartet, das der Gegner für seinen Durchbruchversuch aufgebaut hatte.  
 Jedenfalls hat Hoch in den ersten Tagen der Aisne-schlacht keine wirksamen Gegenmaßnahmen gegen unser stürmisches Vordringen zu treffen gewußt. Um so weniger, als er immer noch zögerte, seine an der Meuse-front angesammelten Massen zu schwächen, denn er hielt anfangs den Stoß Hindenburgs an der Aisne für einen Täuschungsversuch, auf den er nicht hineinzufallen wollte. So sehr hatten sich ihm unsere Erfolge des März und des April auf Brust und Herzen gelegt. Die heftigen Wirkungen großer Siege sind meist bedeutender als die tatsächlichen Erfolge.  
 Auf diese Weise gelang es uns bereits am vierten Tage, mit unseren Schwärmen die Marne zu erreichen. Ein großer Schrecken fuhr den Feinden in die Glieder. Die Erinnerung an die ersten Septembertage des Jahres 1914 wurde wach. Kein Zweifel, daß sie der weiteren Entwicklung der Dinge mit banger Sorge entgegensehen, sogar Lloyd George und Clemenceau sind schweißgebannt geworden.  
 Von nun an hat Hoch allerdings in größter Eile und mit unlenkbarem Tatkräft dem weiteren Vordringen der Deutschen einen Riegel vorzuschieben versucht. Von allen entferntesten Fronten, wurden Divisionen auf Divisionen herangeführt und unseren siegreichen Truppen entgegengeworfen. Allerdings gelang der Feind auch jetzt nicht zu einem großen, einheitlichen Gegenunternehmen, die schwingvollen Gegenstöße der Franzosen entbehrten des Zusammenhanges und wurden meist von den Deutschen einzeln zertrümmert, wie sie angefeht wurden. Aber an gewissen Stellen baltten sie sich doch zu größeren Massen zusammen, versteiften ihren Widerstand und versuchten die deutschen Reihen wieder zurückzuwerfen.  
 Im Sinne unserer Heeresleitung konnte es nicht liegen, den glücklichen begonnenen Schlag in ein ziel- und uferloses Vordrängstürmen ausarten zu lassen. Sie beugnete sich mit der Erreichung des starken Abschnittes der Marne und nahm nur Bedacht, ihre Abwehrfront hier von westlich Chateau-Thierry bis östlich Verneuill auf eine Ausdehnung von gut 25 Kilometern zu bringen. Der Tiefenstoß von der Aisette bis dorthin betrug ohnehin gegen 50 Kilometer. In diesem Falle gewann der Raumgewinn an sich eine strä-

## Vertrauensvotum für Clemenceau.

**Vertagung der Interpellationen auf unbestimmte Zeit.**  
 Paris, 4. Juni. (Havas.) Deputiertenkammer. Vor vollbeendetem Hause erklärte Clemenceau, die Interpellation über die militärische Lage nicht beantworten zu können. Er habe sich vor der Heereskommission ausgesprochen, könne aber gegenwärtig öffentlich nicht mehr sagen. Außerdem widerspreche er sich dem, daß die Kammer sich als Geheimkomitee konstituiere.  
 Im Namen der Sozialisten hat Cachin Clemenceau, Erklärungen abzugeben, und verteidigte sich gleichzeitig gegen jeden Gedanken von Feindseligkeit, denn es handle sich um das Wohl des Vaterlandes.  
 Clemenceau wiederholte, daß es ihm unmöglich sei, nach Verlauf von sechs Tagen der Schlacht Erklärungen über die militärische Lage abzugeben. Eine Untersuchung über die Verantwortlichkeiten sei im Gange, er werde aber nicht die Feigheit begehen, Maßregeln gegen Führer zu ergreifen, die sich um das Vaterland verdient gemacht hätten.  
 Clemenceau fuhr fort: Der Abfall Rußlands erlaube den Deutschen, 200 Divisionen gegen uns zu werfen. Der Augenblick ist furchtbar, aber der Heldennut der Soldaten ist der Lage gewachsen. Unsere Soldaten kämpfen einer gegen fünf. Clemenceau belobte dann die militärischen Führer, besonders Hoch und Bétain. Ich versichere, sagte Clemenceau weiter, Hoch besitzt das Vertrauen der Verbündeten. Der Kriegsrat von Versailles beschloß außerdem, ihm öffentlich seine Anerkennung auszudrücken. Die Deutschen stürzten sich in Abenteuer, wir weichen zurück, allerdings, aber werden niemals kapitulieren. Wenn Sie entschlossen sind, bis zum Ende zu gehen, ist der Sieg unser. Die deutsche Taktik versucht, uns zu schrecken. Es wird ihr nicht gelingen. Die Amerikaner kommen. Die Streitkräfte der Franzosen und Engländer erschöpfen sich, diejenigen der Deutschen übrigens auch.  
 Das Spiel geht mit Hilfe der Amerikaner weiter.  
 Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe sind. Clemenceau schloß: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so sagen Sie mich davon! Wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.  
 Am Schluß der Kammer Sitzung bestanden mehrere Abgeordnete auf Festsetzung eines nahen Termins zur Erörterung der Interpellationen über die militärische Lage. Cle-

## Der österreichische Bericht.

Wien, 5. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart: Außer Artillerietätigkeit keine Kampfhandlung von Belang. Der Chef des Generalstabes.

## Vertrauensfrage.

Man schritt zur Abstimmung, und die Vertagung auf unbestimmte Zeit, welche die Regierung forderte, wurde mit 377 gegen 110 Stimmen angenommen.

## Kundgebung des französischen obersten Kriegsrats.

Amsterdam, 5. Juni. Neuter meldet amtlich aus Versailles: Der oberste Kriegsrat hielt seine sechste Sitzung unter Umständen ab, die für den Verband der freien Völker sehr ernst sind. Der Feind, der von jedem Druck an seiner Ostfront infolge des Zusammenbruchs der russischen Armeen befreit ist, hat alle seine Kräfte im Westen konzentriert und beschließt nun noch eine Reihe von Angriffen auf die alliierten Armeen, ehe die Vereinigten Staaten ihre volle Kraft entfalten können, um die Entscheidung über Europa herbeizuführen.  
 Die Vorteile, die der Gegner in seiner strategischen Lage und seinen besseren Bedingungen bezüglich der Eisenbahnen hat, haben ihn in den Stand gesetzt, einige anfängliche Erfolge zu erzielen. Er wird zweifellos den Angriff wiederholen, und die Alliierten werden noch kritische Tage durchzumachen haben. Nach Erwägung der Gesamtlage ist der oberste Kriegsrat überzeugt, daß die Alliierten die Prüfungen des heutigen Feldzuges mit der gleichen Geisteskraft tragen werden, die sie allezeit bei der Verteidigung des Reiches gezeigt haben. Alles Mögliche wird getan, um die Armeen im Felde zu unterstützen. Die Regelung hinsichtlich der Einheit im Oberbefehl hat die Lage der alliierten Armeen verbessert. Der oberste Kriegsrat setzt vollkommene Vertrauen in General Hoch und sieht mit Stolz und Bewunderung die Tapferkeit der alliierten Truppen. Der oberste Kriegsrat ist voll Vertrauen auf das Endergebnis.  
 Die alliierten Völker sind entschlossen, keine einzige der freien Nationen dem Despotismus Berlins zum Opfer zu bringen. Ihre Armeen zeigen einen entschlossenen Mut, der sie bei früheren Gelegenheiten schon befähigte, die deutschen Angriffe abzuschlagen. Wir haben nur treu und geduldig durchzuhalten bis zum Ende, dann wird der Sieg der Freiheit errungen werden können. Die freien Völker und ihre Soldaten werden die Kultur retten.

Unsere Verbündeten sind entschlossen, den Krieg bis zum Ende zu führen. Wir werden den Sieg erringen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe sind. Clemenceau schloß: Wenn ich meine Pflicht nicht getan habe, so sagen Sie mich davon! Wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, so lassen Sie mich das Werk der Toten vollenden.  
 Am Schluß der Kammer Sitzung bestanden mehrere Abgeordnete auf Festsetzung eines nahen Termins zur Erörterung der Interpellationen über die militärische Lage. Cle-



gische Bedeutung neben der weitergehenden Beirückung der feindlichen Streitkräfte, wie in späterer Zeit auseinandergelegt werden kann.

Auch auf dem linken Flügel begnügte sich die Heeresleitung. Meinseng auf drei Seiten zu umschließen und die um die Stadt geballten Negertuppen unter das vereinigte Feuer ihrer Batterien zu nehmen. Das Schwerkriegsgerät der Kämpfe wurde seit dem 30. Mai mehr und mehr nach Westen verlegt. Es entwickelte sich hier eine neue Schlacht mit Soissons als Mittelpunkt. Aus erklärlichen Gründen mußten die Franzosen darauf bedacht sein, ein weiteres Vordringen der Deutschen über Soissons hinaus, das sie am 29. Mai genommen hatten, zu verhindern. Es galt ihnen, Compiègne zu behaupten, das nur 65 Kilometer von Paris entfernt liegt, und überhaupt jede weitere Annäherung an die Hauptstadt zu unterbinden. Waren doch ohnehin schon wichtige Eisenbahnen, die den Westen mit dem Osten Frankreichs verknüpfen, durch das Vordringen der Deutschen der Benutzung entzogen worden, dazu kam die Rücksicht auf die Stimmung der Hauptstadt und des ganzen Landes.

So waren die Franzosen hierher Massen auf Massen und richteten die wütendsten Angriffe gegen die westlichen Ausgänge Soissons. In der Tat gelang es ihnen, den Vormarsch der Deutschen an dieser Stelle tagelang aufzuhalten. Aber auch deren Westfront verbrackte sich zusehends. In dem Winkel zwischen Oise und Aisne trat der rechte Flügel der Armee von Boehn, und vom 31. Mai an der linke Flügel der Armee von Sautier in Tätigkeit. Den vereinten Anstrengungen der hier fechtenden Korps gelang es, die Franzosen, die ihnen in immer neue Verstärkungen entgegenführten, allmählich auf die Aisne und in Richtung auf Compiègne zurückzudrücken. Doch halten sie hier noch den großen Wald von Charlevont. Im allgemeinen haben die Deutschen die Linie wieder erreicht und teilweise überschritten, die sie bis zum Februar 1917 inne hatten.

Südlich der Aisne und südlich Soissons schwenkten immer mehr Korps der Armee von Boehn gegen Westen ein, sie überschritten in harten Kämpfen die Straße Soissons—Chateau-Thierry und schlugen bis zum 2. Juni eine starke Deule in die neue französische Schlachtlinie an beiden Seiten des Durca. Nördlich des Klusses drangen sie bis über den Sabiere-Bach hinaus und nahmen nach wechselvollem Ringen Foveroles, südlich erstürmten sie die Höhen von Pissy, Courchamp, Bourresches, und westlich Chateau-Thierry. Ihre gesamte Westfront ist nunmehr zwischen Oise und Marne etwa 70 Kilometer lang und von Compiègne 20 Kilometer, von Paris etwa 70 Kilometer entfernt.

Die Schlacht geht weiter! Aber auch sie ist natürlich nur ein Zug in dem strategischen Schachspiel, das am 21. März zwischen Hindenburg und Koch begonnen wurde. Ihre Bedeutung für den Verlauf des ganzen Feldzuges kann erst später gewürdigt werden. Doch dieser Erfolg nicht mit ein oder zwei, sondern nur mit einer Reihe großer Schlachten und weittragender Siege gewonnen werden kann, versteht sich von selbst.

## Auswirkungen des Aisne-Durchbruchs.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)  
Westfront, 4. Juni.

Das strategische Ringen zwischen der deutschen und feindlichen Heeresleitung geht schweigend weiter. Die unheimliche Ruhe an der Marne und an der Reims-Front stellt neue Rätsel. Die Nacht der feindlichen Gegenangriffe in diesen Tagen ist mit den gleichen Unternehmungen im März und April bei Amiens nicht zu vergleichen. General Koch, der besser als die französischen Beruhigungsnotizen weiß, daß die deutsche Angriffskraft durch die Ereignisse der letzten acht Tage numerisch kaum vermindert, technisch aber auf das höchste gehoben ist, schwebt offenbar noch immer in berechtigter Sorge vor neuen Ueberraschungen.

Seit gestern hat der französische Gegenruck im Süden und Osten des deutschen Einbruches nachgelassen, dafür aber sich mit der steigenden Energie neu hereingetrossener Divisionen auf die westliche deutsche Einbruchsstelle gelegt. Ohne Zusammenhang mit diesen reißlos abgelaufenen Gegenstößen hat die Armee v. Boehn an zwei wichtigen Stellen die neue französische Schlachtlinie durchbrochen und den Feind bis 4 Kilometer tief in einer Breite von 12 Kilometer erneut geworfen. Zunächst ist der französische tief in die deutsche Front einkellende Soissons-Bogen seit gestern reißlos verschwunden. Mit der rechten Flanke am Aisne-Kanal, mit der linken an der Straße Soissons—Paris vorgehend, haben wir die Dörfer und gleichnamigen Schlachten Sacomir und Fernant überwunden. Wir stehen in nord-südlicher Linie auf der Hochfläche zwischen Soulier und Doumiers. Am Soulier wird heute morgen gekämpft. Der neue deutsche Eisenbahnpunkt Soissons liegt damit 10 Kilometer hinter der Kampffront. Wir nähern uns der Nordostspitze des Waldes von Villers Cotterets, dessen Dürand wir in seiner ganzen Länge erreicht haben.

Südlich Chéry, da wo die neue Front nach Osten in Richtung auf Chateau Thierry abbricht, sprang bis gestern in die deutsche Linie ebenfalls ein starker französischer Bogen ein, der die Marnestadt Chateau Thierry im Westen flankierte. Durch einen glänzenden Vorstoß von 16 Kilometer Breite, der von dem ungebrochenen deutschen Angriffsbogen zeugt, ist der Bogen ausgeglättet und in die französische Linie hineingehoben worden. Damit rückt die deutsche Front bei der Ortschaft Venilly 65 Kilometer nahe an den Fortsgürtel von Paris.

Die taktische Bedeutung der gestrigen Kämpfe dürfte darin liegen, daß allen französischen Stoßversuchen in die deutsche Flanke zum Trotz wir eine beträchtliche Verbreiterung und Abrundung, damit zugleich die größte Sicherung unseres ganzen Einbruches erkämpft haben.

Dr. Ad. Köster, Kriegsberichterstatter.

## Die Sowjetregierung mobilisiert gegen die Gegenrevolution.

Moskau, 2. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Verbindung mit der Erklärung des Kriegszustandes in Moskau und der Verurteilung von zwölf mobilisierten Jahresklassen unter die Fahnen hat Lenin einen Aufruf an die revolutionäre Bevölkerung gerichtet, in dem er den Ernst der politischen Lage auseinandersetzt und auf die unmittelbaren Gefahren hinweist, die der Revolution seitens reaktionärer Elemente drohen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldete am 31. Mai: Der Russischen Sowjetregierung war es seit einiger Zeit bekannt,

daß Mitglieder reaktionärer Parteien verschiedener Richtungen versuchen, die Stadt und das Ansehen der Sowjetregierung zu untergraben. Es ist jetzt gelungen, die Verschwörung aufzudecken und die Rädelsführer zu verhaften. Dabei wurde festgestellt, daß die Leiter der Bewegung in London sitzen, von wo aus sie zu verschiedenen Agenten der Ententemächte in Moskau rege Beziehungen unterhalten haben. Der Aufstand der tschecho-slowakischen Abteilungen in Tscheljabinsk, Penza, Omsk und Ufa und bereits unterdrückte Aufstände in Saratow standen in ursächlichem Zusammenhang mit der nunmehr aufgedeckten Verschwörung. Die Sowjetregierung hat es mit Rücksicht auf diese gegenrevolutionäre Bewegung für notwendig gehalten, über Moskau den Kriegszustand zu verhängen. Die reaktionären Zeitungen wurden wegen Verbreitung falscher und provokatorischer Nachrichten verboten. Unter anderem war von diesen Blättern die blödsinnige Nachricht verbreitet worden, die Sowjetregierung übergebe gegenwärtig die sibirische Eisenbahn mit allen Anlagen und allem Material an Deutschland.

Ueber die Straßenkämpfe in Saratow berichtet ein aus dem Wolgaischen Gebiet nach Riga zurückgekehrter Bote der „Wolgaischen Zeitung“. Er schreibt: Am 15. Mai begannen heftige Straßenkämpfe zwischen den Bolschewiki und von der Front zurückgekehrten Soldaten, in deren Verlauf die Bolschewiki flüchten mußten. Nachdem sie sich jedoch in Tscheljabinsk gesammelt hatten, kehrten sie am 17. Mai mit Artillerie versehen, in die Stadt zurück. Das hierauf entstandene Artilleriegeschick griff auch auf den Bahnhof über, so daß der Zug des Gewehrmanes mit knapper Not den Beschojen entran. Die Stadt ist demnach mit Flüchtlingen aus brotlosen Gegenden überfüllt, daß in mittelgroßen Häusern bis zu 50 Familien untergebracht sind. Die Frachtenbeförderung mit der Eisenbahn und auf der Wolga hat aus Furcht vor Raub oder Beschlagnahme vollständig aufgehört.

## Die autonome sibirische Republik.

Kiew, 2. Juni. Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen sibirischen Republik in Chabar in ihre Tätigkeit begonnen hat. In der ersten Kabinettsitzung wurde über Maßnahmen zur Liquidation der Sowjet-Regierung im fernem Osten beraten. Admiral Koltshaf wies darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da die neue Regierung auf Anregung Amerikas gebildet wurde. Ustrogow als Innenminister erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Die neue sibirische Regierung hat beschlossen, Nordamerika um Unterstützung zu bitten.

London, 4. Juni. Meuter erzählt aus Peking vom 28. Mai: Semowas Artillerie wurde durch die Vernichtung einer Brücke über den Onon aufgehalten, so daß er nur imstande war, kleine Kavallerieabteilungen aufzusenden, um die Eisenbahn, die an Karinskoja vorüberführt, zu besetzen. Da die Bolschewiki in Chita so wenig Widerstand fanden, nahmen sie Jngoda an und warfen Semowas Abteilungen auf das rechte Ufer des Onon zurück. Eine Kavallerieabteilung ist aus dem Amurgebiet in das Gebiet zwischen Sika und Argoon vorgerückt und bedroht Semowas Verbindungen.

## Der deutsch-sinnländische Friedensvertrag

Helsingfors, 3. Juni. Der deutsch-sinnländische Friedensvertrag und das Handels- und Schifffahrtsabkommen wurden heute vom Landtag ohne Abstimmung in dritter Lesung angenommen.

## Die Schweizerische Volksabstimmung über die Bundessteuer.

Wie telegraphisch schon gemeldet, ist die von der Sozialdemokratie gestellte Initiative zur Erhebung einer direkten Bundessteuer mit einer Mehrheit von 40 000 Stimmen abgelehnt worden. Die geradezu überraschend geringfügige Mehrheit beweist, daß der Antrag doch stark populär war, denn alle bürgerlichen Parteien hatten sehr stark gegen ihn agitiert; keineswegs war er, wie jetzt die Meldung der Schweizerischen Depeschagentur besagt, „von einem Teil der linksstehenden bürgerlichen Parteien unterstützt“. Sie mußten nur in letzter Stunde, einem offenbar starken Druck aus ihren Reihen nachgebend, die Stimmen freigegeben. Gutem Eindruck machte eine von einer Reihe protestantischer Geistlicher veröffentlichte Erklärung gegen den mammonistischen und unsozialen Geist, der sich in der Verleumdung des Antrags offenbare.

Der Bundesrat wird wohl in seinem jetzt angeforderten neuen Finanzprogramm einem nur so knapp an der Annahme vorbeigelaugten Steuerprogramm irgendwie entgegenkommen müssen.

## Die Verschärfung der preussischen Einkommensteuer.

Die „Tägliche Rundschau“ hatte dieser Tage mit der Meldung Alarm geschlagen, daß der preussische Finanzminister im Herbst dem Landtage eine Novelle zur Einkommensteuer vorlegen werde und auf einen Mehrertrag von einer Milliarde rechne.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementiert diese Nachricht und gibt zugleich ein Finanzprogramm der preussischen Regierung, vielleicht um die Befürchtung zu zerstreuen, daß Preußen, der führende Bundesstaat, die Einkommensteuer nur deshalb so hoch ansetze, damit das Reich unwiderruflich auf ewige Zeiten von dieser besten aller Steuern abgedrängt werde.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ führt aus:

„Der preussische Finanzminister hat, wenn er von der kommenden Neuregelung der preussischen Steuerverhältnisse sprach, nie von einer einmaligen Steuer gesprochen, sondern stets von einer laufenden. Er hat im Haushaltsanschau diese laufende Steuererhöhung damit begründet, daß die längst geplante organische Neuregelung der Steuerverhältnisse nicht hinausgeschoben werden könne, und namentlich auch die andere Ausgestaltung der Veranlagung zwecks größerer Intensität dringlich sei, die überhaupt auch mit Rücksicht auf die Reichsteuern erwünscht erscheine, die ja von den Bundesstaaten mit veranlagt werden müßten. Ferner sei die Steuerneubildung notwendig, auch wegen des Lastenausgleichs der Kommunen, der das Steuerhinterziehen wesentlich berühre. Aus alledem läßt sich schließen, daß, wenn jetzt eine Neuregelung der Steuern in Frage kommt, es sich nur um eine dauernde Mehrsteuer handeln kann, die den von dem Finanzminister erwähnten Anforderungen Rechnung trägt, die sich aber auf eine sehr viel geringere Summe belaufen wird, als die „Tägliche Rundschau“ sie nennt. Wir schätzen das Einkommen, das als nötig erachtet wird, auf höchstens 200 Millionen Mark, wenn nicht noch niedriger. Der preussische Finanzminister hat in der Haus-

haltskommission hervorgehoben, daß nach der jetzt für den Herbst in Aussicht genommenen Steuerneubildung noch eine Schlusnovelle kommen müsse, die den endgültigen Bedarf, der sich zumal aus den Mehrlasten der Besoldung ergeben dürfte, zu decken bestimmt ist. Um so mehr ist anzunehmen, daß die bevorstehende Steuerneubildung nicht ohne Not zu hoch gehen wird, sondern in ihren Forderungen nur das Allernotwendigste zu berücksichtigen sich anseht.

Selbstverständlich wird aber auch eine in solchen Grenzen gehaltene Mehrbesteuerung eine völlige Änderung im Verlauf des Steuerzins und insbesondere eine stärkere Progression in der Belastung der höheren Einkommen zur Folge haben müssen. Der heutige preussische Steuerzins ist bekanntlich beinahe in der Weise gestaltet, daß von Einkommen von 100 000 Mark abwärts die Höhe nach unten geringer werden. Wir glauben, annehmen zu können, daß in Zukunft die Steigerung bei dem Einkommen von 100 000 M. nicht halbmacht, sondern auch die höheren Einkommen progressiv höher belegen wird. Im übrigen wird es unabweislich sein, daß im Vergleich mit der heute geltenden Progression eine erheblich größere Steigerung in den Steuerzinsen eintreten muß. Auf andere Weise würden ja auch die Ausfälle an Steuereinkommen nicht eingebracht werden können, die durch Maßnahmen des Reiches zu ergeben werden, wie man sie in der bevorstehenden Steuerneubildung in Rücksicht auf unsere Bevölkerungs-politik (Kinderprivileg und andere) plant.“

Der preussische Finanzminister kann sich schon deshalb im Augenblick leicht bescheiden, weil die Steigerung der Gewinne, Gehälter und Löhne den Ertrag der Einkommensteuer auch bei den jetzigen Sätzen erhöht. Die Ausgestaltung des Veranlagungsverfahrens, die dringend notwendig ist, wird weiter in derselben Richtung wirken. Es wird sich aber, da die Steuern mehr denn je zu einem der wichtigsten Geschäftsfaktoren werden, auch ein Einbernehmen der Bundesstaaten über die Vereinheitlichung der Einkommensteuern empfehlen, um den Charakter des Deutschen Reiches als eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets zu wahren.

## Um Kaempfs Mandat.

Nach den Mitteilungen einer Lokalcorrespondenz soll James Simon, wie vor ihm Eggeling, Verbund die angetragene Kandidatur für die Fortschrittler im ersten Kreise mit Rücksicht auf die Sachlage abgelehnt haben. In der Bankwelt scheint danach keine rechte Neigung für diese Kandidatur zu bestehen.

Die Unabhängigen haben nach einer Meldung derselben Korrespondenz Däwells aufgestellt, der schon mehrfach im ersten Kreise kandidiert hat. Däwells war zu Anfang des Krieges Kriegsberichterstatter für die Parteipresse. Seine Berichte zeichneten sich dadurch aus, daß er unter dem Eindruck der von ihm selbst geschilderten Verwüstungen des Krieges, namentlich der Verwüstungen des Russeneinfalls in Ostpreußen, die Arbeiterschaft unermüdlich zur Anspannung aller Kräfte für die Landesverteidigung ermahnte. Dann schwenkte er plötzlich, ging zu den Unabhängigen, erhielt von diesen die Redaktion des „Gothaer General-Anzeigers“ übertragen und schimpft nun in diesem tagaus, tagein auf jeden, der in ruhiger und nüchterner Weise daselbst sagt, was Däwells in den ersten Kriegsjahren mit überschäumender Begeisterung geschrieben hat.

Der neue Reichskommissar für Kurland und Litauen. Zum Reichskommissar für Kurland und Litauen ist an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors z. D. Dr. Grafen v. Keyserlingk der Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Ost, Unterstaatssekretär Freiherr von Falkenhäuser, ernannt worden. Der Reichskommissar untersteht dem Staatssekretär des Innern. Sein Bureau befindet sich vom 15. Juli 1918 ab im Dienstgebäude des Reichskamms des Innern, Wilhelmstr. 74.

Dem badrischen Landtag ist von der Staatsregierung ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die laufende Landtagswahlzeit um weitere zwei Jahre verlängert werden soll.

Veranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst. Der angekündigte Gesetzentwurf ist dem Reichstag zugegangen. Seinen wesentlichen Inhalt haben wir bereits wiedergegeben, ebenso den der angebotenen Begründung, die sich mit der ungeteilten amtlichen Auslassung inhaltlich deckt.

## Letzte Nachrichten.

### Das Ergebnis der Aisneoffensive.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters. Westfront, den 5. Juni. Auch der gestrige Tag brachte den deutschen Teilangriffen südwestlich Soissons ein mehrere Kilometer tiefes Gelände. Doch dürfte den augenblicklichen Kämpfen, wie schon gestern gemeldet, kaum noch größere operative Bedeutung zukommen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die deutsche Heeresleitung das Ziel ihrer Aisneoffensive im ganzen erreicht zu haben glaubt. Was für militärische Folgerungen Hindenburg und Ludendorff aus den bisherigen drei Einbruchslöchern wie aus dem Stande und der Schwächung der feindlichen Reserven zu ziehen gedenken, bleibt abzuwarten. Das zehn Wochen lange strategische Ringen hat fast sämtliche Kräfte in die deutsche Hand gespielt.

Die Offensive, über deren eigentlicher Methode und letztem Ziele noch immer dunkle Sätze liegen, geht weiter.

Ein wichtiges Moment für die Beurteilung der weiteren deutschen Angriffe dürfte die Tatsache sein, daß der letzte Durchbruch mit minimalen Verlusten erkämpft ist. Daraus darf die feste Hoffnung geschöpft werden, daß die deutsche Führung die Initiative weiter in der Hand und den Feind solange zu schlagen die Kraft behält, bis das Endziel erreicht ist.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Zwangsaushebung von Russen für englischen Heeresdienst.

Stockholm, 5. Juni. Nach Blättermeldungen aus Moskau richtete Tschikow in an Lockhart, den diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Petersburg, einen scharfen Protest gegen die neuerdings wieder aufkommene Zwangsaushebung russischer Unterthanen für die englische Armee. Die Protestnote betont, daß die britische Regierung bei dieser widerrechtlichen Maßnahme im Einklang mit den Vertretern der alten russischen Regierung handelt, welche schon lange nicht mehr besteht und heute nur noch die Triebkraft der gegenrevolutionären Bewegung ist. Die Grundsätze und die politische Lage der russischen Sowjetrepublik verlangen absolute Neutralität im Weltkriege.

### Massenopfer der Munitionsarbeit.

Marseille, 5. Juni. (Meuter.) Bei einer Explosion in den Munitionsfabriken von Caussions am 3. Juni wurden 100 Personen getötet und 50 verwundet.



# Die Zensurdebatte im Reichstag.

107. Sitzung Mittwoch, 5. Juni 1 Uhr.

Am Ministerisch: v. Pappe, Wallraf.  
Zur Beratung gelangt der Entwurf betreffend die  
Erhöhung der Abgeordnetenbezüge.

Abg. Dove (Sp.) tritt für eine Aufwandsentschädigung an den Präsidenten ein. — Graf Westarp (Kons.) wendet sich gegen diesen Vorschlag. Dem Präsidenten stehen besondere Repräsentationspflichten nicht zu. (Sachen links.) — Staatssekretär Wallraf sagt Beachtung des Wunsches zu. Das Gesetz wird sogleich in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Die Debatte über

## Zensur und Belagerungszustand

wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (Sp.): Die Pressezensur wird zu engherzig und scharf gehandhabt, besonders auch vonseiten der Zensurinstanzen der Admiralität. Mit dem dauernden Hinweis auf die Wirkung im Ausland kann man schließlich alles verbieten. Eine einseitige politische Handhabung der Zensur kann nicht gelehrt werden. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an. Selbstveröffentlichungen eines Kapitäns zur See, der doch sicher den Feinden kein Material liefern wird, wurden von der Zensur verboten. Im Gegensatz zu dieser Strenge wird nach einer anderen Seite hin eine liebevolle Duldsamkeit betrieben.

Der Redner bringt Auszüge aus der „Deutschen Tageszeitung“ und anderen wahrheitsfeindlichen Zeitungen, die nicht nur beispiellose Beschimpfungen weiter Volksteile, sondern auch persönliche Beleidigungen der Staatsmänner enthalten, die die Vorlage eingebracht haben. — Noch heute haben wir den verschärften Kriegszustand in Zeitungen wie „Kriegsberg“, die vom Feinde nicht mehr im geringsten bedroht sind. In allen diesen Städten herrschen die Kriegesgerichte mit ihrer summarischen Justiz und der absoluten Präventivzensur. Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Zensur nur ein Mittel darstellt, die Meinung des Volkes gegen die Schwärmungen einer Minderheit wehrlos zu machen! Die Zustände im Vereins- und Versammlungsrecht sind geradezu unerträglich geworden. Hätte man zu Anfang des Krieges gewußt, daß wir vier Jahre lang unter dem Belagerungszustand würden leben müssen, wären Regierung und Reichstag zweifellos für Änderung des Belagerungszustandsgesetzes gewesen. Inzwischen ist aber

### die Verwässerung an das Ehrenliche

eingetreten. Ganz besonders schroff ist die Veräufung der Pazifisten. Alle Milde und Sachlichkeit, mit der friedensfreundliche Bestrebungen auftreten, alle Unantastbarkeit der vaterländischen Gesinnung ihrer Träger schützen nicht davor, daß ihre Willens- und Meinungsäußerungen unterbunden werden. (Redner führt auch hier viele Beispiele an.) Ich habe so ausführlich über diese ganzen Dinge gesprochen, weil seinerzeit der Kriegsminister meinte, das paare Fälle beweisen nichts, und weil der Staatssekretär gestern auch wieder gesagt hat, die Handhabung der Zensur sei inzwischen viel besser geworden. Das deutsche Volk kann diese Verhältnisse nicht weiter dulden. Die Verstellung der Aufsicht durch den Militärbehörden hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Er hat gar nicht die Zeit, sich diesen Dingen zu widmen, sondern muß ihre Erledigung untergeordneten Instanzen überlassen. Das verbittert aber das Verhältnis zwischen Reichstag und Kriegsminister. Es handelt sich hier um die hochwichtige Frage, daß eine Einheitsfront in der Politik bestehen muß. Daher müssen wir verlangen, daß die

### Überaufsicht einer anderen Stelle übergeben

wird. Der Reichstag hat beschlossen, sie dem Reichsanwalt zu übergeben. Es läßt sich darüber reden, ob das das Zweckmäßigste ist. Hält der Bundesrat diesen Weg nicht für richtig, so hat er die Pflicht, einen anderen gangbaren Weg zu zeigen. (Sehr lebhaft Beifall links.)

General v. Wrisberg: Aus den Ausführungen der Vorgesetzten mußte man den Eindruck gewinnen, als wenn von den militärischen Stellen jeder Versammlungstätigkeit entgegengekehrt wird. Davon ist aber keine Rede. In den Monaten Dezember 1917 und Januar 1918 haben in Preußen insgesamt 8011 Versammlungen stattgefunden, verboten wurden 99. Die Vaterlandspartei hat 849 Versammlungen einberufen, verboten wurden 14, die Gewerkschaften 2749 Versammlungen, verboten wurden 19. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich werde diese interessante Statistik weiter führen lassen. Ungerichtigkeiten kommen selbstverständlich vor, aber das Bestreben geht dahin, sie zu beseitigen. Bei der Beurteilung der Einzelfälle muß man auch die andere Seite hören, sonst kommt man zu einseitigen Schlüssen. Ueber manche Einzelfälle kann ich keine Auskunft geben, weil mir das Material fehlt; über viele Fälle ist schon im Ausschuss gesprochen worden. Was den von dem Abg. Bauer vorgebrachten Fall der Aufsicht des deutschen Redaktionsrats 727 anlangt, so ist ein allgemeines Verbot seitens der Zensurverwaltung oder einer Zensurstelle in bezug auf die

### Nichtauswählung von Zeitungen

nicht ergangen. Wenn also ein Einzelfall gegenüber dem „Vorwärts“ vorgekommen ist, so kann das nur auf einer fehlerhaften Vorkontrolle einer Unterstelle beruhen oder es können die Verhältnisse plötzlich einen solchen Verstoß veranlassen haben. — Herr Scheidemann hat im Ausschuss

### wegen des Verbots des „Vorwärts“

in Rumänien angefragt. Ich habe inzwischen festgestellt, daß von einem solchen Verbot nicht die Rede ist. (Abg. Ebert: Es handelt sich um eine besondere Zensur, die dort ausgeübt wird!) Dann hat der Abg. Bauer einen Erlaß kritisiert, in dem es heißt: Die Versammlungen, in denen Scherzreden sollen nicht verboten werden. Gewiß, das ist der Standpunkt der Zensurverwaltung. Ihre Aufgabe ist es ja, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wie kann sie da notorische Scherzreden lassen. (Sachen bei den Sozialdemokraten.) Man sagt,

### der Begriff Scherz

sei sehr weitgehend. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten. — Abg. Bauer: Oldenburg-Ranushau!) Wie weit der Begriff von dem betreffenden Generalkommando gefaßt wird, beweist die Tatsache, daß nicht eine Versammlung mit dieser Begründung verboten worden ist. Die Versammlung, in der über den Würzburger Parteitag berichtet werden sollte, ist nicht, wie Herr Bauer anführte, verboten worden, weil politische Dinge dabei zur Sprache kommen könnten, sondern weil öffentlichen politischen Versammlungen, die in dem Bezirk verboten sind, auch solche Mitglieder versammlungen gleichgestellt werden, die wegen der unberechenbaren Zahl der Teilnehmer den Eindruck von öffentlichen Versammlungen machen. (Sachen bei den Sozialdemokraten. — Jurist: Damit kann man alles verbieten!) Was das belagerte Gebiet anbelangt, so sind durch die neuesten Bestimmungen die Klagen abgestellt.

### Die Genehmigung zu Versammlungen

wird jetzt so zeitig erteilt, daß sie vorbereitet werden können. Anträge, die bedenkenfrei sind, werden sofort genehmigt und den Antragstellern davon Mitteilung gemacht. Die andern Anträge werden dem zuständigen Landrat oder Polizeibeamten zur Stellungnahme überwiesen, die umgehend Berichte einzufenden haben. Das stellvertretende Generalkommando ist auch jeden Augenblick telephonisch erreichbar und wird, wenn bei einem Streik ein Arbeitersekretär die Bitte ausdrückt, zur Beruhigung der Arbeiter eine Versammlung einberufen zu können, dies nach Prüfung der Sache

nicht verweigert. Im Übrigen betone ich darauf, daß der Oberkommandierende mit der neuesten Bestimmung vom 30. Mai 1918 ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß keine unnötigen Erschwerungen der Versammlungstätigkeit erfolgen dürfen. Dazu gehört auch die Forderung langfristiger Anmeldung vor Abhaltung einer Versammlung. — Was die Person des Herrn Scholich anlangt, so habe ich mich persönlich für ihn sehr warm eingesetzt. Das Generalkommando hat aber die Verwendung des Herrn Scholich in der bisherigen Tätigkeit abgelehnt, und zwar weil Herr Scholich doch in seinen Ausführungen manchmal solche

### Kraftsandrücke

braucht, die manchmal nicht gebildet werden können. (Sachen b. d. Soz.) Wenn solche Kraftsandrücke noch bejubelt werden, so können Sie es keinem stellvertretenden Generalkommando verzeihen, wenn es das nicht duldet. Uebrigens sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, und es ist noch möglich, Herrn Scholich anders zu verwenden. (Jurist b. d. Soz.: Was für Kraftsandrücke!) Zum Beispiel: Die ganzen Verfügungen sollte man den Organen des Bundesrats um die Ohren schlagen! (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Sie lachen, aber eben so lacht das Volk, und das soll das stellvertretende Generalkommando dulden! (Erneute Heiterkeit b. d. Soz.) Auf die Beschwerden über das Vorgehen gegen den Pazifismus kann ich Herrn Gothein heute nicht antworten, weil ich das Material zum Teil nicht kenne. Und teilweise habe ich auch schon im Ausschuss darauf geantwortet. Der Standpunkt der Zensurverwaltung hinsichtlich der Versammlungstätigkeit ist in der Verfügung vom 17. Januar 1917 vom Kriegsministerium niedergelegt. Da heißt es: „Der Zweck aller Beschränkungen aus Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand ergibt sich aus dem Interesse der öffentlichen Sicherheit. Es soll verhindert werden, daß bei der Versammlungstätigkeit aller Art durch verheerende Agitation die zuverläßliche siegesfrohe Stimmung beeinträchtigt und gestört wird. Auch darf nicht gebildet werden, daß Versammlungen Anlaß zu Ausschreitungen und Unruhen geben. Alle über dies Maß hinausgehende Beschränkungen sind schädlich.“ Der Erlaß vom 25. September 1917 sagt: „Die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vertretenen Berufsgruppen wahrzunehmen, muß den Gewerkschaften gewährleistet werden.“ (Abg. Bauer: Was nützen die schändlichen Redensarten, wenn nicht danach gehandelt wird!) Die Zensurverwaltung ist bereit, bei normaler Lage alles zu tun, um der Versammlungstätigkeit den weitesten Spielraum zu lassen. (Erneuter Zuruf b. d. Soz.: Redensarten!)

Chef des Pressesamts im Kriegsministerium von den Bergh erteilt Antwort auf die von dem Abg. Bauer, Rechenberg und Gothein vorgebrachten Einzelbeschwerden.

Abg. Gracle (Kons.): Das Interesse des deutschen Volkes an den Mebeschlüssen des Reichstags ist nur ein geringes. (Sachen und Widerspruch links.) Die Redaktionen werden auf das Laichen und Spötteln der Herren von links die Antwort nicht schuldig bleiben. (Lärm links und Zwischenrufe.) Mit der Zensur ist es zweifellos besser geworden. Die größere Freiheit beanspruchen Sie (nach links) nur für sich, an Gebührligkeit ist die Presse der Linken ganz und gar nicht arm. Im Übrigen wollen auch wir Pressefreiheit haben, weil wir an der Erhaltung des künftigen Burgfriedens schon lang genug mehr interessiert sind. Der Antrag, der den Reichstagsler zum Zensur machen will, ist widersinnig, das militärische Interesse kann nur von den Militärs richtig vertreten werden. (Beifall rechts.)

Ueber einen Verfassungsantrag wird durch Sammel-sprache abgestimmt. Es ergibt sich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Wahl des Präsidenten, Fortsetzung der Debatte).  
Schluß: 5 1/2 Uhr.

## Das Reichsstempelgesetz.

Der Haushaltsausschuss trat am Mittwoch in die Beratung des Reichsstempelgesetzes ein. Berichterstatter über diesen Gesetzentwurf ist Abg. Reil. Aus den Börsengeschäften sollen 210 Millionen Mark mehr herausgeholt werden. Der Berichterstatter bedauert, daß man von einer Dividendensteuer abgesehen hat. Die Kriegswirtschaft verteilt trotz der Kriegsgewinnsteuer immer noch steigende Dividenden.

Die Erhöhung des Stempels auf Gesellschaftsverträge ist mäßig und entspricht kaum der Erweitung des Geldes. Dagegen liegt eine Härte darin, daß der Stempel für Konsumgenossenschaften von ein Zehntel auf vier Zehntel vom Hundert erhöht werden soll. Aus dem Stempel auf Staatspapiere gedenkt man 150 Millionen mehr herauszuholen. Die Bezüge der Aufsichtsräte (Zantienen usw.) sollen mit 20 v. H. belastet werden. Die Ausgabe ermäßigt sich auf die Hälfte, wenn die Vergütungen an sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats 5000 R. nicht übersteigen. Der Berichterstatter empfiehlt eine Erhöhung der Zantienensteuer auf 50 v. H. Neu ist die Besteuerung der Geldumsätze. Hier dürfte sich eine Verengung der Sparlücken gegenüber den Banken empfehlen, vielleicht in der Weise, daß für die Sparlücken ein Einheitszins festgesetzt wird. — Abg. Dove findet, daß man davon abkommen sei, der Börse gegenüber einen Steuer-Tabuisismus zu treiben. Immerhin sei die Belastung der Börse sehr fähig, denn die Steuer werde verzehnfacht. In der Assoziation des „Haupt- und Nebengeschäft“ ist die Zantienensteuer besonders hoch zu fassen, wäre es besser, hohen Staatsbeamten zu verbieten, innerhalb einer gewissen Frist nach ihrem Ausscheiden aus dem Amte, in Erwerbsgesellschaften einzutreten. — Abg. Müller-Hulda: Daß sich die Großbanken mit dem höheren Umsatz einverstanden erklären haben, sei bemerkenswert und lasse erkennen, daß gerade diese Institute nichts fürchten. Die kleinen Zantienen könnten völlig steuerfrei lassen, denn die Zantienen der Aufsichtsratsmitglieder von kleinen Vorshubvereinen stehen in keinem Verhältnis zu der gebotenen Arbeitsleistung. — Abg. v. Trampe: In der Reform der Zantienensteuer. — Abg. Bernke: Demokratische Einrichtungen seien die Aktiengesellschaften nicht, denn der Aktionär sei ein Schmarotzer, der von der Arbeit anderer lebt. — Abg. Richter trägt eine Reihe Bedenken gegen die Börsensteuer vor. — Staatssekretär Graf Nothen ist der Überzeugung, daß der Börsenumsatz auch in der Zeit nach dem Kriege keinen Rückgang erfahren werde. Man könnte sogar zu einem noch höheren Satz kommen, um die Spekulation etwas einzudämmen. — Abg. v. Brockhausen wünscht einen steuerlichen Unterschied zwischen den Kapitalgesellschaften und den Genossenschaften. Letztere seien zu stark belastet. — Abg. Waldstein glaubt, daß eine Herabsetzung der Börsensteuer die Einnahmen steigern würde, weil eine Verminderung der Umsätze verhängt würde. — Abg. Reil: Es sei bemerkenswert, daß gegen diese Vorlage, die das Kapital treffe, so zahlreiche Einwände erhoben werden, während

### die Verbrauchsteuern glatt genehmigt

wurden. Er habe die Bedenken gegen die Vereinfachung des Aktienstempels für normale Zeiten als beachtlich bezeichnet, in der Kriegszeit aber hätten diese Einwände weniger zu bedeuten. Daher wiederhole er den Vorschlag, den für die Dauer bestimmten Stempelsatz niedriger zu bemessen als in der Vorlage und dazu einen Kriegszuschlag zu erheben. Die Doppelbesteuerung der Geldumsätze der Sparkassen und Genossenschaften müsse vermieden, bei den Reichs- und Staatsanleihen ein Mindestbeitrag des Umsatzes frei gelassen werden. Als Kompensation für Einnahmehinforträge ruge er einen recht kräftigen Stempel auf Titel und Orden an, der event. alljährlich wiederholt werden könne. (Heiterkeit.) — Reichsbankpräsident v. Havenstein wendet sich gegen eine weitere Erhöhung des Börsenstempels, die das solide Börsengeschäft unterbinden würde.

Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

## Arbeitskammergesetz.

Zu der Auseinandersetzung, ob Fach- oder Territorialkammern, lag der Mittwochabend des 31. Reichstagsausschusses ein Antrag Trimborn (Z.) vor; er verlangt, unter Beibehaltung der Fachkammern nach § 1 des Entwurfs, daß für die Arbeitgeber und Arbeiter des Bezirks einer höheren Verwaltungsbehörde, die Gewerbebezügen angehören, für welche eine sachliche Arbeitskammer nicht errichtet ist, gemeinsame Arbeitskammern zu errichten sind. Bezirksabteilungen dieser Kammern sollen zunächst in Anlehnung an die Bezirke der öffentlich-rechtlichen Vertretung von Handel und Industrie gebildet werden und schließlich sollen deren Mitglieder aus den Vertretern der sachlichen Arbeitskammern berufen werden. — Schürmer (Z.) vertritt die territorialen Kammern, ebenso v. Wehren (Dtsch. Fr.), der im Antrag Trimborn ein grundsätzliches, aber unzureichendes Entgegenkommen erkennt. — Staatssekretär v. Stein erteilt, für die Regierung sei die sachliche Kammer Voraussetzung und Grundlage;

namentlich im Einigungsverfahren könne der „soziale Frieden“ nur auf sachlicher Grundlage gedeihen. Da allerdings die Fachkammern nicht sämtliche Arbeiter umfassen können, hält er eine Ergänzung der Regierungsvorlage durch den Antrag Trimborn für möglich. — Giebel (Soz.) hält diese Stellung der Regierung für leidlich erklärlich, weil für ihre Fachkammern der Antrag Trimborn völlig gefahrlos sei. Die territorialen Kammern sind nur hier und da schwindelartige Gebilde. Sehr bedenklich sei aber der Zustand, daß Fach- und Territorialkammern unbeschränkt denselben Aufgabenkreis hätten, was ein Durcheinander und Gegeneinander in Beschluß und Ausführung befürdigen läßt. Was der Antrag bezwecke, werde besser durch den Gewerkschaftsvorschlag erreicht, der auf Territorialkammern aufbaut und in denselben Fachabteilungen zuläßt. — Dr. Wildgrube (Kons.) sieht dem Antrag Trimborn freundlich gegenüber. — Wiffel (Soz.) betont, daß diese Fachkammern wie eine geeignete Interessenvertretung der Arbeiterschaft werden können; sei das nicht beabsichtigt, dann müßte ihren Wünschen Rechnung getragen werden. Er kritisiert vor allem das Planlose der Regierung beim Aufbau der sozialen Gesetzgebung. — Staatssekretär v. Stein hat hervor, daß die Regierung allerdings keine einseitige Arbeitervertretung anstrebe.

## Getränkesteuern.

In seiner Sitzung am Mittwoch trat der 22. Ausschuss in die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Besteuerung von Mineralwässern usw. ein. § 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, damit grundsätzlich der

### Besteuerung von alkoholfreien Getränken

zugestimmt. Ein sozialdemokratischer Antrag, welcher Wasser und Limonaden, die von staatlichen, gemeindlichen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmungen an die in den betz. Betrieben beschäftigten Personen unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreise abgegeben wird, steuerfrei zu lassen, wurde abgelehnt.

Die Sozialdemokraten hatten weiter beantragt, die Nachsteuerung von Vorräten bei Birnen, Däumeln, Konsumvereinen, Kaffee usw. zu unterlassen. Dieser Antrag wurde mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Eine weitere lebhafte Diskussion rief der sozialdemokratische Antrag, den § 39 des Entwurfs zu streichen, hervor. Dieser Paragraph sieht eine Erhöhung der jetzt geltenden Zölle für

### Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade

zum Teil von über 100 Proz. vor. Der sozialdemokratische Redner bekämpfte den auch bei diesem Entwurf gemachten Versuch, eine allgemeine Erhöhung der Zölle vorzubereiten, als volkswirtschaftlich durchaus verfehlt und industrieeindlich. Von Regierungsseite wird bestritten, daß Kakao ein Nahrungsmittel sei; die Abstimmung ergibt Annahme der Erhöhung der Zölle für Kaffee und Tee, während die für Kakao und Schokolade vorgesehene Zollerhöhung abgelehnt wird. Die Getränkesteuern sind in erster Lesung im wesentlichen nach den Regierungsentwürfen angenommen, die zweite Lesung beginnt am 10. Juni.

## Bevölkerungspolitik und Wahlreform.

### Giesberts gegen das gleiche Wahlrecht.

In dem roten „Tag“ vom Mittwoch tritt der Zentrumsdag. Giesberts abermals ein für die Bewahrung einer zweiten Wahlstimme „an Familienväter mit mehr als drei Kindern und an solche Wähler, die das 45. Lebensjahr vollendet haben“. Die Altersstimme scheint ja Aussicht auf Verwirklichung, auch bei der Regierung; lebhaft zu bedauern aber ist, daß gerade jetzt im Zeitalter der Bevölkerungspolitik das Familienwahlrecht keine größere Beachtung findet. Der Geburtenrückgang habe in unserem Vaterlande ein höchst bedenkliches Maß angenommen, und nach dem Kriege werde das wohl auch nicht besser werden.

In der gleichen Ausgabe des „Tag“ befragt auch der Tübinger Universitätsprofessor Dr. Fuchs die Familienstimme „unter dem Gesichtspunkte der Bevölkerungspolitik“; die Zulassstimme sei wegen der heute allgemein als notwendig anerkannten Erhöhung unserer schon vor dem Kriege so beängstigend gesunkenen Geburtenziffer als vorwiegend erfolgreiches Mittel sehr zu begrüßen.

Den beiden Herren schwebt also der Gedanke vor, daß man die Ehepaare bewegen könne, nach einem zweiten und dritten Kinde noch ein viertes ins Leben zu setzen, nur damit der Mann einer zweiten Wahlstimme teilhaftig werde. Einem Professor kann man solche „Ideen“ allenfalls zutrauen, dem guten Giesberts aber, der doch seit drei Jahrzehnten praktischer Chemiker ist, hätten wir, weiß Gott, nicht für so weltfremd gehalten. Wenn der Gatte wirklich der staatsbürgerliche Streber sein sollte, den Herr Giesberts hinter ihm laßt, die Frau aber, die doch die Last und Pein bei der Angelegenheit hinterher auf sich zu nehmen hat, nicht zukünftig, was dann? Ein Kompromiß ist in diesem Falle wohl nicht möglich. Wenn der Gatte also auf seinem Plan besteht, die Frau aber dankt, sind die schwersten Konflikte und Ehestragdien die notwendige Folge — Giesberts zerstört die Familie!

Warum die „Kinderstimme“ beim vierten Kinde gewährt werden soll, ist und zunächst nicht recht klar geworden. Warum soll sie nicht „schon“ beim dritten oder „erst“ beim fünften eintreten. Degener's Handbuch unserer Zeitgenossen läßt uns darüber auf: Herr Johann Giesberts ist Vater von vier Kindern. So ein Schlauberger! Wer hätte soviel List hinter der biederen Erscheinung gesenkt! Die Giesberts'schen Erpfindungen sind — nach Degener — 89, 93, 95 und 01 geboren. Bei der letzten Geburt war Giesberts — immer nach Degener — 86 Jahre alt, und seitdem sind 17 Jahre verstrichen. Auch scheint uns der Abstand zwischen 89 und 93 und zwischen 95 und 01 zu groß. Warum sollen nun solche „Bevölkerungspolitiker“ mit einer Zulassstimme belohnt werden? Der Herr Professor gibt im „Degener“ gar nicht über seine Familienverhältnisse bekannt. Am Ende ist dieser „Bevölkerungspolitiker“, wie so mancher andere, selber ein Junggeheule.

In der Warschauer Stadtverordnetenversammlung wurde laut „Dziennik Wpolski“ bei der Erörterung der jährlichen Finanzlage festgestellt, daß für das Rechnungsjahr 1918 ein Gehalt von 87 1/2 Millionen zu erwarten ist, der in Anbetracht der unvergesehenen Ausgaben auf achtzig Millionen steigen dürfte.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Angestellten und das Arbeitskammengesetz.

Die Arbeitsgemeinschaften der freien Angestelltenverbände und der technischen Verbände sowie der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte (zusammen 20 Organisationen) veranstalteten am Dienstag abend im großen Saale des Lehrerbereinshauses eine sehr stark besuchte Versammlung. Ihr Zweck war — wie der Versammlungsleiter Franz Krüger vom Verband der Bureauangestellten sagte — Protest zu erheben gegen ein sozialpolitisches Unrecht, welches den Angestellten durch Ausschluß von den Arbeitskammern auferlegt werden soll.

Der Versammlung wohnte der Reichstagsabgeordnete Silber-schmidt als Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion und der konservative Abgeordnete Wildgrube bei. Der eingeladene Minister für Handel und Gewerbe sowie der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hatten ihr Ausbleiben entschuldigt.

Der erste Referent Karl Sölich vom Bund der technisch-industriellen Beamten trat gegen die sachliche Gliederung der Arbeitskammern ein, weil sie dem Zweck des Gesetzes nicht entspreche und forderte die territoriale Gliederung.

Das zweite Referat hielt Fritz Schmidt vom Zentralverband der Handlungsgehilfen. Er verlangte gemeinsame Kammern für Arbeiter und Angestellte und betonte, daß die große Mehrheit der Angestellten hinter dieser Forderung stehe. Es liege kein Grund vor, Arbeiter und Angestellte in der Vertretung ihrer Interessen zu trennen. Wir folgen nicht der Idee der Abtrennung der Angestellten, sondern der Idee der Zusammengehörigkeit aller Arbeitnehmer Deutschlands. (Beifälliger Beifall und Zustimmung.)

Fraulein Klara Klein vom Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte schloß sich den Vorrednern an und betonte, daß auch den weiblichen Angestellten Gelegenheit gegeben werden müsse, mit voller Gleichberechtigung ihre Interessen in den Kammern zu vertreten.

Kroll, der als vierter Referent sprach, trat insbesondere dem aus gewissen Handlungsgehilfenkreisen erhobenen Verlangen nach Kaufmannskammern entgegen.

Reichstagsabgeordneter Silberschmidt erklärte unter allgemeinem Beifall, daß die Sozialdemokratische Fraktion sich den hier ausgesprochenen Forderungen anschließen kann und sie mit vollem Nachdruck vertreten wird. Soll das Gesetz eine Wohltat für die ganze Bevölkerung werden, dann muß es einheitliche Arbeitskammern ohne Unterschied des Berufs bringen. Hoffentlich werde diese Kundgebung dazu beitragen, die Forderungen der Angestellten zu verwirklichen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche die Schaffung von Arbeitskammern begrüßt, an Stelle der sachlichen aber die territoriale Gliederung fordert und scharf dagegen protestiert, daß die Angestellten von den Arbeitskammern ausgeschlossen und auf die spätere Errichtung von Angestelltenkammern vertröstet werden. Die Resolution verurteilt das Verlangen gewisser Handlungsgehilfenführer nach Einführung besonderer Kaufmannskammern. Weiter heißt es, jede organisatorische Zersplitterung der Arbeitskammern würde eine unnötige Mehrbelastung mit Verwaltungsarbeiten und Ausgaben mit sich bringen. Bei den hauptsächlich auf wirtschaftlichem und sozial-politischem Gebiet liegenden Aufgaben der Arbeitskammern können die Angestellteninteressen nur durch das Zusammengehen aller Angestellten, in vielen Fällen nur durch das Zusammengehen aller Arbeitnehmer, gewahrt werden. Die besonderen Interessen der Angestellten gegenüber den Arbeitern können durch besondere Angestelltenabteilungen in den Arbeitskammern zur Vertretung von Spezialfragen gesichert werden. Ferner wird gefordert, daß auch die Angestellten der nichtgewerblichen Betriebe (Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe) den Arbeitskammern unterstellt werden. Die Versammelten erwarten, daß der Reichstag den Arbeitskammerngesetzentwurf im Sinne dieser Forderungen umgestalten wird.

## Die Unzufriedenheit beim Personal der Großen Berliner Straßenbahn.

Die bei der letzten Lohnbewegung im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn erzielte Lohnerhöhung hat das Personal keineswegs zufriedengestellt. Und bereits in der Versammlung, die über die Annahme der zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn getroffenen Abmachungen Beschluß zu fassen hatte, kamen Stimmen des Unwillens über die von der Direktion des genannten Betriebes gemachten Zugeständnisse zum Ausdruck. Wie der „Courier“, das Organ des Transportarbeiterverbandes, nunmehr mitteilt, seien zahlreiche schriftliche und mündliche Proteste gegen die erzielte Lohnerhöhung eingetroffen.

Der zum Ausdruck kommenden Auffassung der männlichen und weiblichen Beschäftigten, als ob für sie nichts oder so gut wie nichts bei den Neuregelungen herausgelassen wäre, tritt der „Courier“ mit einschlägigem Beweismaterial entgegen. Danach hatten z. B. die Schaffnerinnen früher 12,40 M. Teuerungszulage und 5,00 M. Zuschlag für zwei freie Tage, bei 23 Arbeitstagen und zehnstündiger Dienstdauer ein Einkommen von 158 M. im Monat. Jetzt erhalten sie bei neunstündiger Dienstdauer 157,95 M. pro Monat. Gewinn ist dabei 37 Stunden weniger Arbeitszeit im Monat.

Ein Teil der Frauen hat inessen erklärt, daß ihnen weniger an der Verkürzung der Arbeitszeit liege, sondern an höherem Verdienst und höherer Bezahlung der Ueberstunden. Dieser Wunsch ist aber nur der Straßenbahnverwaltung übermitteln worden und stammt aus den Kreisen der unorganisierten Angestellten. Dieses Verlangen mußte bei den Verhandlungen mit in den Bereich der Beratungen gezogen werden. Das Einkommen gestalte sich daher bei denjenigen, welche nach wie vor 23 Tage a 10 Stunden im Monat arbeiten, wie folgt:

Lohn 27 Tage a 5,85 M. =	157,95 M.
(als Ueberstundenleistungen)	
1 freier Tag a 10 Stunden =	6,85
Ausschlag zum freien Tage =	2,-
27 Ueberstunden a 1 M. =	27,-
<b>zusammen</b>	<b>193,80 M.</b>
bisher: 168,-	

Es würde also das Mehreinkommen bei gleichbleibender Dienstleistung nach den neuen Vereinbarungen 95,90 M. betragen.

Trotzdem eine Verschlechterung. Obwohl das Einkommen der Schaffnerinnen bei gleichbleibender Dienstleistung sich erhöht hat, sind für dieselben zweifellos schlechtere Verhältnisse eingetreten.

Es wird gesagt, daß die Einführung der neuen Fahrweise den Schaffnerinnen einen erheblichen Erlösgelderverlust gebracht hat, der den erzielten Mehrverdienst völlig wegstreicht. Wird nun gar die neunstündige Arbeitszeit sowie der dritte freie Tag durchgeführt, so ist für die Schaffnerinnen zwar eine freie Zeit von 37 Stunden gewonnen, aber ein Verlust in Höhe ihres früheren Zeinzelgehals.

Die Unzufriedenheit der Schaffnerinnen entläßt sich also am falschen Stelle. Die Lohnbewegung hat ihnen ohne allen Zweifel anerkanntswerte Vorteile gebracht. Sie gehen jedoch dieser Vorteile verlustig durch Ursachen, die mit der Fahrpreissteigerung im Zusammenhang stehen. Auch bei den Fahrern ist die Unzufriedenheit über die Neuregelung ihres Einkommens groß. Legt man hier die frühere Arbeitszeit von 250 Stunden im Monat auch nach der Neuregelung zugrunde, so steigt das Einkommen von 249,65 M. auf 287,25 M. im Monat. Die Fahrer müssen jedoch im Monat 46 Ueberstunden leisten, wenn sie zu diesem Verdienst kommen wollen.

Die Unzufriedenheit des Personals ist ohne Zweifel berechtigt, falsch wäre es jedoch, wenn sich dieser Unwille gegen die Organisation entladen wollte. Die Leiter der letzteren werden, sobald sich erst einmal die Verhältnisse übersehen lassen, kein Mittel unberührt lassen, auf eine weitere Verbesserung der Einkommensverhältnisse zu drängen.

Und die Direktion der Großen Berliner wird sich einem solchen Drängen schon deshalb nicht verschließen können, weil ihre aus dem neuen Preistarif erwachsenden Mehreinnahmen sehr leicht eine weitere Aufbesserung des Einkommens ihres Personals gestatten.

Denn auch bei den Aktionären der Großen Berliner besteht bereits die Ueberzeugung, daß die letzte Tarifserhöhung und die daraus erwachsenden Mehreinnahmen wieder zu angemessenen Gewinnsergebnissen und zur baldigen Rückkehr zu den Dividenden früherer Jahre führen werden. Diese Auffassung wurde bereits am 25. Mai in einem Die Mehreinnahmen der Großen Berliner Straßenbahn“ überschriebenen Artikel im „8 Uhr-Abendblatt“ zum Ausdruck gebracht. Und der Verfasser des Artikels sieht vielleicht selbst im Kreise der Aktionäre. Wenn also diese optimistische Auffassung obwaltet — und sie ergibt sich ja auch rein rechnerisch aus den erzielten Mehrerträgen des neuen Tarifs — so sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Bezüge des Personals ohne weiteres gegeben.

Der Verband der Hausangestellten Deutschlands hat, wie aus dem Jahres- und Rollenbericht für das Jahr 1917 hervorgeht, eine Steigerung seiner Mitgliederzahl um 300 zu verzeichnen. Sie betrug am Ende des Berichtsjahres 4221. Am Anfang dieses Jahres ist bereits eine Ortsgruppe mit 100 Mitgliedern neu entstanden. Die Gesamteinnahme beträgt einschließlich eines Zuschusses der General-Kommission von 7000 M. 22.007,07 M.; sie ist um 2781,86 M. höher als im Vorjahre. Dafür sind aber auch die Gesamtausgaben um 3803,43 M. gestiegen. Nach Erhöhung des Verbandsbeitrages pro Monat und Mitglied um 10 Pf. wird erwartet, daß am Jahresschluß über noch günstigere Resultate berichtet werden kann.

## Parteinachrichten.

### Aus Westpreußen.

Der am 24. Juni 1917 abgehaltene Parteitag für den Bezirk Westpreußen schaffte Klarheit über seine Stellung zu der Gesamt-partei und gab zugleich die Basis für eine erfolgreiche Arbeit. Trotz der Schwierigkeiten, öffentliche Versammlungen unter dem Belagerungszustand zu veranstalten, konnten doch in den größeren Parteiortern Volksversammlungen stattfinden. Während sich die Mitgliederbewegung durch zahlreiche Einberufungen zum Meere und durch die Quertreibereien der Unabhängigen seit Ausbruch des Krieges auf absteigender Linie befand und am 30. Juni 1917 mit 888 Mitgliedern ihren besten Stand erreicht hatte, ist jetzt dieser Zeit die Zahl der Mitglieder ständig gestiegen. Am 31. März 1918 waren nach den Angaben der Wahlkreisorganisationen 1430 Mitglieder vorhanden, darunter 572 weibliche. Dieses günstige Resultat wurde erzielt trotz der wütenden persönlichen Hege gewisser Unabhängiger in Danzig-Stadt und -Land. Im April 1917 traten etwa 150 Mitglieder aus der Partei aus und schlossen sich den Unabhängigen an. Die dadurch entstandene Lücke in der Organisation ist nicht nur ausgefüllt, sondern darüber hinaus hat der jetzige Mitgliederbestand den vom 31. März 1915 noch um 49 überschritten. Vier neue Ortsvereine wurden gegründet.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Gising am 26. November 1917 wurden unsere Kandidaten burgfriedlich ohne Gegenkandidaten gewählt. In Graudenz kam anlässlich der Stadtverordnetenwahl eine gemeinsame Liste zustande, auf die auch Genosse Haaf übernommen wurde. Gegenrätigen Bemühungen gelang es jedoch, diese Liste zu Fall zu bringen. In Odra, einer großen Arbeitergemeinde vor den Toren Danzigs, hielten sich die Unabhängigen am 14. März 1918 ihre erste wohlverdiente Niederlage bei der Gemeindevahl. Sie brachten es auf ganze 20 Stimmen, während unser Genosse Raig 93 Stimmen erhielt. Dies Wahlergebnis ist deshalb ganz besonders erfreulich, weil Odra das Hauptquartier der Unabhängigen in Westpreußen bildet. Hier haben sie ihre eifrigsten und rücksichtslosesten Agitatoren. In Weiswarthe hatten sie es auch nicht fehlen lassen, und trotzdem dieser glänzliche Misserfolg!

In Beiträgen wurden von den Wahlkreisorganisationen in der Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 4015,95 M. vereinnahmt. Die Bezirkskasse hat eine Ausgabe und Einnahme von 438,58 M. Die Auflage der „Volksmacht“ stieg im Berichtsjahr um 1800 Abonnenten.

Die Jugendbewegung steht auf gesunder Grundlage und berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Im großen und ganzen können wir mit der Entwicklung der Partei in Westpreußen zufrieden sein.

## Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Bei der J. D. Nibel A.-G. in Berlin ist im abgelaufenen Geschäftsjahr der Umsatz um mehrere Millionen Mark zurückgegangen. Nach Abschreibungen von 538 328 (i. V. 533 685) M. auf Anlagen und von 92 091 (96 888) M. auf Forderungen wird ein Reingewinn von 1 042 455 (1 031 813) M. ausgewiesen. Im Vorjahre wurden 450 000 zurückgestellt. Es werden 10 (18) Proz. Dividende auf 3,80 Mill. M. Stammaktien und 4 1/2 Proz. (wie i. V.) auf 2,70 Millionen Mark Vorkursaktien vorgezogen und 191 724 (185 216) Mark neu vorgezogen.

Die Orenstein u. Koppel Arthur Koppel A.-G. hat ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr hinter sich. Der Umsatz ist von 92,5 auf 120,5 Millionen Mark gestiegen, der Reingewinn von 6,4 auf 7 Millionen Mark und die Dividende von 12 auf 14 Proz. Auch die Tochtergesellschaften haben sehr gut gearbeitet. Die Fabrika der Gesellschaft sind bereits bis Jahresende mit Aufträgen belegt. Aus der Bilanz heben wir hervor, daß die maschinelle Einrichtung wieder auf 1 M. abgeschrieben ist. Der Warenvorrat ist von 21 auf 27,5 Millionen Mark gestiegen. Bankguthaben und Forderungen an Kunden betragen 48 gegen 34 Millionen Mark. Zugewogen sind die Effizien von 21 auf 14,8 Millionen Mark abgeschrieben worden, angeblich weil die im Besitze der Gesellschaft befindlichen Aktien von Unternehmungen im feindlichen Auslande entsprechend den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen abgeschrieben werden mußten. Da die Gesellschaft aber schon in früheren Jahren diesen Verhältnissen Rechnung getragen haben dürfte, verbürgt sich wohl hinter dieser großen Abschreibung eine stille Reserve. Die Bilanzier sind von 10,5 auf 24 Millionen Mark gestiegen.

### Synthetisches Benzin.

In der Generalversammlung der Th. Goldschmidt A.-G. in Essen wurden Mittelungen über die finanzielle Seite wichtiger neuer Verfahren dieser Gesellschaft gemacht. Es handelt sich um die synthetische Gewinnung von Benzin und die damit in enger Verbindung stehenden Arbeiten zu einer besseren Ausnutzung der Kohle. Um diese Erfindungen auf eine breite Grundlage zu stellen, hat sich diese Gesellschaft mit der Fürst Hensel von Donnersmarcks Generaldirektion und Robert Friedländer in Berlin zu einem Kohlenkonförium für Kohlendemie mit 30 Millionen Mark Kapital zusammengetan. Die Geschäfte des Konföriums werden von der Erdölverwertungs A.-G. geführt, deren sämtliche Aktien sich im Besitze der Th. Goldschmidt A.-G. befinden.

### Von der ukrainischen Volkswirtschaft.

Die Jekaterinoslawer Eisenwerke kauibieren, entlassen ihre Arbeiter und verlaufen die Eisenvorräte freihändig, weswegen diese größtenteils in die Hände von Spekulantem fallen. Der Vertreter des Eisenhandelsyndikats fordert die Eisenbahnen und Dampfschiffgesellschaften auf, Eisen ohne seine Genehmigung nicht zur Verladung anzunehmen.

Die Grundzüge für ein Branntweinmonopol sind festgelegt. Es soll nicht die Hauptertragsquelle des Staatsschatzes bilden. Die Höchsteinnahme des Finanzministeriums darf 400 Millionen Rubel nicht übersteigen. Der Ueberkuhs steht zur Verfügung des Ministeriums für Volksaufklärung. Die Branntweinsteuerung wird beschränkt auf eine Höchstmenge von 8 bis 10 Millionen Eimer vierstärkigen Branntweins. Der Verbrauch wird normiert. Es wird das Kartensystem eingeführt. Männer erhalten eine Flasche monatlich, Frauen eine halbe Flasche. Der Verkauf erfolgt nur an Personen von 20-80 Jahren, Preis beträgt 100 bis 120 Rubel für den Eimer und 6 Rubel die Flasche. Der Branntweinverkauf in Kiew beginnt im Herbst. — Mit dem Friedensschluß hält der Schnaps wieder seinen glorreichen Einzug. Die zaristische Regierung hat seinen Genuß mit Kriegsandruch befeindlich verboten, obwohl dadurch dem Fiskus eine sehr wichtige Einnahme entzogen wurde.

Beantwortlich für Politik: Erich Antner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rostock; für Anzeigen: Theodor Meier, Berlin; Verlagsamt: Verlag G. m. b. H., Berlin, Deud. Buchdruck-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, Straß 1. Telefon und Telegraphennummern.

# A. WERTHEIM

## Drogen-Abteilung:

Künstl. Limonadensirup 1/2 Lit. 2,75 1/4 Lit. 1,60	Citrovin } für Salate (Flasche 7,00
Alter Sherry . . . . . Flasche 11,50	Citrovin-Essig } u. Spanien . . . . . 4,50
Oesterröich. Söwels . . . . . 9,35	Bewährte Eier-Konservierungsmittel.

Eisschränke erstklassiges Fabrikat, mit Zink ausgeschlagen oder mit Glasplatten ausgelegt.

## Emaile- u. Wirtschafts-Artikel

Gasbrat- u. Backapparat „Lucillus“ in allen Größen vorrätig — zu Orleans versenden —

Maschinentöpfe . . . 22 Pf. bis 4,25	Milchkocher . . . . . 2,25 bis 6,75	Essnapfe . . . . . 65 Pf. bis 5,00	Knopfdeckel . . . . . 1,00 bis 3,80	Milchtöpfe . . . . . 1,15 bis 3,60
Fleischtöpfe hoch. Form 5,00 bis 8,60	Fischkocher . . . . . 31,50 bis 36,50	Gemüseschüsseln . . . 75 Pf. bis 3,35	Wassertrichter . . . . 1,05 bis 1,90	Warmwasserkannen 1,65 bis 1,80
Schmortöpfe mit Ring . . . 3,15	Suppenterrinen . . . 11,00 bis 14,85	Essmenagen steifig . . . 8,00 9,00	Schaffnerkrüge . . . . . 1,80 bis 5,40	Bierkrüge . . . . . 1,65 bis 1,80
Ringtöpfe . . . . . 2,70 3,60	Bratpfannen ohne Deckel, länglich 5,40	Tablets . . . . . 2,40 bis 6,00	Krüge konisch . . . . . 2,15 bis 4,75	Waschgarnituren . . . 21,15 24,75
Bauchtöpfe hoch, mit Biegel . 6,30	Bratpfannen mit Deckel 14,65 bis 30,60	Bratenteller rund . . . 90 Pf. bis 1,80	Kaffeekannen . . . . . 1,80 bis 5,40	Waschbecken mit Krug . . 16,00
Kasseroilen mit Deckel 4,30 bis 9,00	Kochklistentöpfe 10,00 bis 11,25	Bratenteller oval . . . 1,25 bis 5,00	Obertassen . . . . . 28 Pf. bis 90 Pf.	Fussbadewannen . . . . . 13,00
Kasseroilen ohne Ring 1,00 bis 4,30	Tiefe Kasseroilen . . . 3,20 bis 5,25	Durchschläge . . . . . 2,10 bis 4,70	Untertassen . . . . . 18 Pf. bis 35 Pf.	Seifennöpfe rund . . . . . 45 Pf.
Pfannen rund . . . . . 90 Pf. bis 5,00	Wasserkessel für Gas 2,70 bis 8,35	Schaumlöffel . . . . . 40 Pf. bis 1,10	Becher . . . . . 50 Pf. bis 1,25	Seifennöpfe mit Haken . . . 90 Pf.
Köln. Kasseroil. m. Deck. 3,35 bis 11,30	Kasseroilen m. 2 Griffen 4,30 bis 8,85	Schöpföffel . . . . . 80 Pf. bis 2,00	Kaffeeflaschen . . . . . 1,80 bis 3,35	Toiletteneimer . . . . . 10,65
Augenpfannen . . . . . 3,45 4,50	Menagennöpfe . . . . . 1,15 1,35 2,55	Gemüselöffel . . . . . 90 Pf. bis 1,20	Teller flach . . . . . 65 Pf. bis 1,00	Zahnbürstenvasen . . . . . 2,00
Kartoffeldämpfer . . . . . 8,25	Teigschüsseln . . . . . 2,40 bis 5,25	Deckel . . . . . 40 Pf. bis 2,15	Kaffeemaschinen . . . 5,40 bis 7,20	Leuchter . . . . . 55 u. 70 Pf.
Doppeltöpfe . . . . . 4,00 bis 12,00	Schüsseln flach . . . . . 60 Pf. bis 15,25	Zargendeckel . . . . . 2,00 bis 3,00	Milchkännchen . . . . . 1,05 bis 1,20	Zahnbürstenschalen dek. 65 90 Pf.
Messerputzer „Husar“ . . . 3,20	Gazeglocken rund . . . 1,00 bis 2,00	Eimer verzinkt . . . . . 4,75 bis 5,50	Handwaschbürsten 60 bis 70 Pf.	Wandkaffeemühlen Holz . . 19,50
Tellerwagen . . . . . 15,00	Gazeglocken oval . . . 1,10 bis 2,90	Gazeschränke Eisschr. lack. 24,50 bis 65,00	Klopfeitschen . . . . . 40 Pf.	Kaffeemühlen . . . . . 10,25 11,50
Reibemaschinen . . . . . 15,00	Kirsch-Entkerner . . . . 18 Pf.	Köhlonplatten . . . . . 7,50 7,75	Straßenbesen . . . . . 4,50 bis 8,00	Hackbrotter m. Rand 3,20 bis 6,25
Eierschneider . . . . . 1,80	Tischtuchklammern . . . 18 Pf.	Salatwäscher . . . . . 1,90 bis 3,20	Markttaschen . . . . . 2,00 bis 3,20	Fleischbraterr. Backe 2,25 3,60 4,50
Blitzschneider . . . . . 1,10	Blumenampeln . . . . . 65 Pf. bis 2,50	Borstenbesen graue . . . 5,40 bis 7,75	Teppichkehrer . . . . . 27,00 bis 36,60	Saftbeutel . . . . . 2,50
Kaffeebrenner . . . . . 5,90	Blumenkonsole . . . . . 55 bis 80 Pf.	Borstenbesen braun . . . 1,80 bis 3,60	Bltz-Blank . . . . . 3 Pakete 40 Pf.	Wäscheleinen . . . . . 3,80 6,00 8,00
Obststörren . . . . . 3,15	Rasenmäher . . . . . 40,50 56,00	Schrubber . . . . . 3,00 bis 3,80	Eierkartons . . . . . 1,00 2,00 2,70	Wäscheklammern 10 Stück 40 Pf.



Abgeordnetenhaus.

Streik im Junterparlament.

Etwas noch nie Dagewesenes hat sich ereignet. Die konservativ-republikanisch-liberale Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlaments, die in jedem Streik von Arbeitern ein unfühbares Verbrechen erblickt und jeden streikenden Arbeiter am liebsten als Landesverräter zum Tode verurteilt sehen möchte, ist am Mittwoch selbst in einen Streik eingetreten. Allerdings war es nur ein Streik der zum Kultusetat gemeldeten Redner. Vorbereitet war die Bewegung nicht, sie brach ganz spontan aus, also eine Art wilden Streiks. Man hatte angenommen, daß die Beratung des Etats der Selbstverwaltung und eines konservativen Antrags über die Regelung des Postverkehrs auf dem Lande noch die ganze Sitzung in Anspruch nehmen würde. Diese Erwartung erfüllte sich nicht, die beiden Punkte der Tagesordnung waren verhältnismäßig schnell erledigt, und der Präsident kündete den dritten Punkt, die zweite Lesung des Kultusetats, an. Aber siehe da! Ein Redner der bürgerlichen Parteien nach dem andern verzichtete aufs Wort, sei es, daß sie nicht vor leeren Bänken sprechen wollten, sei es, daß sie mit ihren Vorbereitungen noch nicht fertig waren. So wäre uns überhaupt jede Debatte zum Kultusetat erspart geblieben, wenn nicht Genosse Haenisch, der zunächst gleichfalls aufs Wort verzichtet hatte, in die Debatte gesprungen wäre. Ausgehend von dem Gedanken, daß es gilt, für die neue Zeit mit ihren gewaltigen Aufgaben alle Kräfte mobil zu machen, verstand es Haenisch in geistreicher Weise die verschiedensten mit dem Krieg zusammenhängenden oder durch den Krieg aufgeworfenen Fragen zu streifen und die Reformen auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens zu erörtern, die dringend notwendig sind, die aber nur durchgeführt werden können, wenn das jeder wirklich freiheitlichen Reform abgeneigte Dreiklassenparlament ersetzt wird durch eine aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehende Volksvertretung.

Die Debatte, in der unter anderem noch Abg. Graue (Hortisch, Sp.) sprach, und der Abg. Hensel (kons.) gegen die Sozialdemokratie polemisierte, wird am Donnerstag fortgesetzt. Bis dahin werden die Vertreter der Mehrheitsparteien sich ja wohl vorbereitet haben.

Als Termin für die nochmalige Abstimmung über die Verfassungsvorlage hat der Verfassungskommission den Dienstag, den 11. Juni bestimmt. Falls in dieser Abstimmung die Beschlüsse dritter Lesung geändert werden sollten, ist wiederum nach drei Wochen eine Abstimmung erforderlich; sie soll dann am 4. Juli stattfinden. Die Kompromißverhandlungen sind bisher ergebnislos verlaufen. Möglich ist es, daß durch eine Vereinbarung der Gegner des gleichen Wahlrechts die Lücke in § 3 ausgefüllt wird, aber ein solcher Beschluß hätte nur formale Bedeutung, die Vorlage würde dann wenigstens nicht als Torso an das Herrenhaus gelangen. Daß die Linke oder die Regierung der Vereinbarung beitreten, gilt als ausgeschlossen.

Gen. Haenisch führte aus:

Dem konservativen Bedauern über den Rücktritt des Exministers v. Trost zu Gola können wir uns nicht anschließen. Seine Verwaltung war reaktionär, erst in der letzten Zeit hat sie etwas eingelenkt. Eine neue Zeit bricht an; trägt der neue Minister ihren Notwendigkeiten nicht Rechnung, so werden wir ihn scharf bekämpfen müssen. (Austimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Friedbergische Dissidentenklinderantrag wird wohl erst vom Hause des gleichen Wahlrechts erledigt werden! Der Minister hat im Ausschuss erklärt, es sei seine Aufgabe, die Schule frei von Politik und Parteitendenzen zu halten. Gewiß ist es ein Unfug, die Schule in eine bestimmte politische oder religiöse Richtung hineinzupressen zu wollen, aber das lag ja gerade in ihrem Sinn! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schule der Zukunft muß eine andere sein. Der vielgelästerte „Kriegssozialismus“ hat Deutschland gerettet; die Einführung der Brotkarte und das Hilfsdienstgesetz werden dem künftigen Kulturhistoriker als bedeutungsvolle Tatsachen erscheinen. (Jurufe.) Wenn es uns nicht besser geht, so liegt das an der

mangelhaften Anwendung sozialistischer Wirtschaftsgrundsätze und an dem fehlenden Fehlen volkswirtschaftlicher, technologischer und praktischer Vorbildung unserer Beamten. In der kommenden Zeit des Wiederaufbaus, der Monarchie, der Demokratie und des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus brauchen wir anders vorgebildete Beamte. An politischer Reife steht, entgegen dem bekannten konservativen Ausdruck im Wahlrechtsauschuss, die deutsche Arbeiterklasse keiner anderen Volksklasse nach; wenn aber unser ganzes Volk wirtschafts- und außerpolitisch nicht auf der Höhe ist, so darum, weil der alte Obrigkeitssaat es von solcher Befähigung ferngehalten und die Zugbrunn und Rukomowsh vorgezogen hat. Geben Sie dem Volk größere politische Rechte, damit für die kommenden ungewissen Anforderungen alle Volkskräfte mobil gemacht werden können. Wir müssen uns

einen neuen deutschen Menschentyp schaffen,

der gleich weit entfernt ist von dem weltfremden, ideologischen Träumer von Anno dazumal wie von dem bloß rechnenden Egoisten des kapitalistischen Zeitalters. Er muß in sich vereinigen eiserne Pflichterfüllung, nächsten Ideals, die Sachkenntnis und höchsten Idealismus. Wir brauchen eine Synthese von Alt-Preußen, Alt-Weimar und Neu-Berlin. Der neue Mensch muß eine Synthese sein zwischen Kant und Goethe auf der einen Seite und Werner v. Siemens und Karl Legien auf der anderen. Die Auslese der Tüchtigsten, die wir bisher nur auf militärischem Gebiet hatten, auf dem einzigen, wo das deutsche Volk das Höchste im Kriege geleistet hat, die müssen wir auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erreichen. Dazu muß und eine

große Reform unseres ganzen Schulwesens

verhelfen. Heute zeigt es ein ganz unorganisches Durcheinander; die Begabten- und Reformschulen, die Landerschulungsheim und freien Schulgemeinden sind erst Einzelschöpfungen. Das ganze Schulwesen muß eine einheitliche Leitung haben, eine Schulart muß organisch aus der anderen hervorgehen, die ganze öffentliche Meinung muß von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß Hand- und Kopfarbeit sozial notwendig und darum auch gleichwertig sind. Alle Schulen bis zur höchsten müssen jedem Beschäftigten offen stehen. Das humanistische Gymnasium wollen wir nicht abgeschafft, sondern ergänzen durch andere Schulrichtungen, in denen auch Sprache, Kultur, Geschichte und Politik derjenigen Länder gelehrt werden, mit denen wir in stärkerem Verkehr stehen, wie Rußlands, Skandinavien, des Baltans. Die Grundbegriffe der Volkswirtschaft müssen schon auf der Unterstufe gelehrt und die Wirtschaftskunde systematisch weitergeführt werden bis zu einer Ausbildungsanstalt für praktische Volkswirtschaft. Die Kinder sind auch körperlich zu erziehen, die gesund-

heitlichen Gefahren ihnen beizubringen. Zur ersten Fühlung zwischen Schule und Haus sollen Elternabend dienen, aber auch zwischen Lehrern und Schülern soll Vertrauen und Freundschaft bestehen. Möglichst weite Selbstverwaltung der Schüler wird dazu beitragen.

Die neue Schule

soll dazu erziehen, die ganze Kraft einzusetzen für die großen sozialen und politischen Notwendigkeiten der Zeit. Wäge der neue Minister bald einer Schulkonferenz von Schulmännern, Politikern, Volkswirtschaftlern und Vertretern des praktischen Lebens ein großzügiges Reformprogramm unterbreiten! Das alles wird nationale vaterländische Arbeit im besten Sinne sein. In dieser rufen wir Sie auf; nach dieser ungeheuren Verdünnungzeit wird es keine bessere Kapitalanlage geben als die noch so hohen Kosten einer solchen Reform, die uns rüstet für den großen wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker. Für England hat Galdane diese Notwendigkeit ausgesprochen. Geben Sie uns das freie Wahlrecht, das uns aus einem ohnmächtigen Häuflein zu einer großen Partei macht, und Sie sollen sehen, wie positiv wir „Nörgler“ arbeiten werden zum Besten des ganzen Volkes und Staates; mit Ihnen, wenn Sie uns folgen wollen, ohne Sie, wenn Sie passiv beiseite streben, gegen Sie, wenn Sie sich uns in den Weg stellen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herrenhaus.

33. Sitzung, Mittwoch, den 6. Juni 1918, 1 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews, Dr. Spahn. Präsident v. Arnim-Boitzenburg gedenkt des verstorbenen Reichspräsidenten Dr. Kaempf, der mit Würde, Geschick und treffenden Worten den Reichstag in dieser schweren Zeit vertreten habe. Der Name Kaempf wird mit der Geschichte der Volksvertretung immer aufs engste verbunden bleiben.

Der Erste Vizepräsident v. Becker hat mit Rücksicht auf sein hohes Alter sein Amt niedergelegt. Die Wahl wird erst in der nächsten Sitzung stattfinden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Graf v. Nord darauf hin, daß er in seiner letzten Rede über Polenpolitik dem Dichter Sienkiewicz den Vorwurf gemacht habe, er hätte deutsche und österreichische Untertanen zum Vordringen des Fahnenhebes aufgefordert. Durch die Witwe des Dichters habe er erfahren, daß das unrichtig sei, und daß der Brief, auf den er sich gestützt habe, eine Fälschung sei.

Verlängerung der Legislaturperiode

Das Abgeordnetenhaus in zweiter Abstimmung angenommen. Angenommen werden ohne Erörterung die Gesetzentwürfe zur Gewährung weiterer Kriegsschuldlosen an die Gemeinden, das Eisenbahnangebotgesetz, die Erhöhung der Gerichtsgeldern, das Vorlage zur Niederlegung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer, die Verlängerung der Amtsdauer der Sicherheitsmänner in den Vergewerten. Die Denkschrift über die Befreiung der Kriegsschäden in Ostpreußen wird zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung ist noch unbestimmt. Schluß 3 Uhr.

Groß-Berlin

Arbeiter und Ludendorff-Spende.

Eine stark besuchte Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der Firma Ludwig Löwe beschäftigte sich am Mittwoch mit der Stellungnahme zur Ludendorff-Spende. Die Firma hatte den Vorschlag gemacht, daß jeder Arbeiter hierzu einen Tagelohn auf Sammellisten beisteuern sollte, dieser Betrag sollte ratenweise vom Wochenlohn abgezogen werden.

Die Versammlung war allgemein der Ansicht, daß dieser Vorschlag unannehmbar sei. Man möchte es vollkommen dem Einzelnen überlassen, wieviel er geben wolle und könne. Es dürfe auch kein Druck seitens der Firma ausgeübt werden, wie es bei Sammellisten zu fürchten sei. Verschiedene Redner erklärten, wenn die Firma für die Kriegsschädigten sorgen wolle, so solle sie zunächst einmal bei ihren eigenen Kriegsschädigten anfangen, die zum Teil jahmervoll entlohnt würden. Auch die Zurückbehaltung der Urlaubsgelder wurde zur Sprache gebracht und von einer Seite angeregt, diese von der Firma einbehaltenen Summen der Kriegsschädigtenpende zu überweisen. Allgemein wurde der Charakter der Ludendorff-Spende bemängelt, die in ihrer hyperpatriotischen Aufmachung nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft erwerben könne. Mehrere Redner vertraten den Standpunkt der organisierten Kriegsschädigten. Die von der Leitung der Ludendorff-Spende gemachten schweren Fehler werden von den Kriegsschädigten auf das allerheftigste bedauert, namentlich die unwürdige Straßensammelweise, die bei vielen Kriegsschädigten ein Gefühl der Beschämung und Entwürdigung ausgelöst hat. Diese Fehler wären vermieden worden, wenn die Leitung der Spende sich mit den Kriegsschädigten in Verbindung gesetzt und diese zur Mitarbeit herangezogen hätte. Die Spende will das Reich nicht von seinen Verpflichtungen entlasten, aber trotzdem kommt die seit drei Jahren verlangte Erhöhung der Renten noch immer nicht und die Kriegsschädigten leiden Not. Die Ludendorff-Spende wolle Härten ausgleichen, die sich auch bei der besten Rentengesetzgebung nicht vermeiden lassen. Aber die beste Rentengesetzgebung müsse nun erst vorangehen. Der jetzige Zustand ist so, als läße man einem Verwundeten mit durchschossener Schlagader eine nebenläufige Quetschung, während man die Schlagader weiterbluten läßt. Dennoch solle die Arbeiterschaft sich nicht von der Spende ausschließen. Es bestehe die ernste Gefahr, wenn nur die Unternehmer über die gesammelten Gelder verfügten, daß dann die Verteilung ungerecht und nach Günst vor sich ginge. Das lasse sich nur vermeiden, wenn die Arbeiterschaft und die Kriegsschädigten selber praktisch mitarbeiten. Auch ist die Not der Kriegsschädigten teilweise so groß, daß man ihnen zuliebe selbst schwere Bedenken zurückstellen wird. Aber ein Zwang auf die Arbeiter, beizusteuern, darf nicht geübt werden. Die Kriegsschädigten protestieren auf das schärfste dagegen, wenn man ihnen der Arbeiterschaft abgepreßte Gelder aufdrängen wollte. Viel wichtiger als Geld sammeln ist es, daß die gesunde Arbeiterschaft die Forderung der Kriegsschädigten auf gerechte Entlohnung gegenüber dem Unternehmertum unterstützen hilft.

Die Versammlung nahm eine Entschließung folgenden Inhalts an: „Die Arbeiter der Firma Ludwig Löwe wollen sich an der Sammlung für die Ludendorff-Spende beteiligen, wenn die Firma die Urlaubssperre zurücknimmt und jeder Druck unter-

bleibt. Geht die Firma hierauf nicht ein, so will die Arbeiterschaft zum Zeichen ihrer Sympathie für die Kriegsschädigten unter sich sammeln, aber den Betrag dem Reichsbund der Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer zuführen.“

Ist die Kohlenversorgung sichergestellt?

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion (Barlowitz u. Gen.) hat zur nächsten Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht:

Die Unterzeichneten fragen an, ob die Zuweisungen der zuständigen Reichsstelle und die vom Kohlenverband Groß-Berlin getroffenen Maßnahmen die ausreichende Belieferung der Berliner Bevölkerung mit Hausbrandkohle für den nächsten Winter sicherstellen.

Ernteausichten für Obst.

Der Deutsche Pomologen-Verein hat auf Grund der bis zum 15. Mai eingelaufenen Berichte von Sachverständigen aus den deutschen Obstbaugebieten eine Uebersicht über den Fruchtanlag und die Obsterteausichten für 1918 zusammengestellt. Nachdem die einzelnen Obstsorten aufgezählt sind, heißt es zum Schluß in der Statistik wörtlich:

Die kalten Apriltage und Nachtfröste haben in Brandenburg, Westfalen, und ganz besonders aber in der Rheinprovinz, dann auch in Baden, Bayern und Sachsen an allen Obstarten, hauptsächlich an Sauerkirschen und Pflaumen, großen Schaden angerichtet. Auch der Schaden durch Schädlinge und Krankheiten, deren Bekämpfung im Kriege sehr gehemmt ist, wird als beträchtlich bezeichnet.

Die Gemüseknappeit dauert fort.

In den Markthallen sah es gestern fast noch trüber als am Dienstag und Montag aus. Leere Stände, eine Menge Käuferinnen-wenig Verkäufer, Verkäufer die herumstehen und einige Kirsch-polonaisen vor ein bis zwei Ständen waren die Rahmen von einem nicht sehr erfreulichen Bilde. Für einen kleinen Blumenkohltopf von der Größe einer Kartoffel verlangte die Verkäuferin vergeblich 1 1/2 M., und für ein Pfund Backbohnen 8 M., pro Pfund Spargel II. Sorte kostete 1,15 M., Erste Sorte war nicht zu haben. Kohlrabi, junge Karotten und Mohrrüben waren verhältnismäßig wenig am Markt oder nur zu enorm hohen Preisen. Eine Mandel Kohlrabi, klein und mit viel Kraut kostete 3-4 M. Kirsch waren in einigen Exemplaren angekommen und im Handumdrehen verschwinden. Die holländische Zufuhr fehlte.

Ein leeres Heim für Wöchnerinnen.

Uns wird geschrieben: In letzter Zeit ist die Klage wegen überfüllter Krankenhäuser wieder stark in die Öffentlichkeit gedrungen. Um so auffälliger ist es, daß seit vielen Monaten ein Heim für Wöchnerinnen völlig leer steht. Die Stadt Berlin hat nämlich das alte Hoffmannsche Haus im Viktoriapark in der Kleinen Parkstraße auf mehrere Jahre dem bairischen Frauenverein überlassen und einen Kinderhort dort ausgemietet. Der Verein hat dann im vorigen Sommer ein Wöchnerinnenheim darin eingerichtet, wozu es sich mit seinem Garten und bei seiner prächtigen Lage vorzüglich eignet. 15 000 M. wurden dafür ausgegeben. Schon im vorigen Oktober sollte es eröffnet werden. Aber die nötige Kinderwäsche soll nicht zu bekommen gewesen sein. Die Bezugsscheinstelle wollte nicht liefern. Die Vorstandsdamen mußten sich die nötige Wäsche hinterherum zusammenbetiteln. Aber jetzt steht seit Monaten das Heim fix und fertig da. Die Leiterin wartet ungeduldig auf Arbeit, und der Verein für Säuglingspflege hätte gerne schon zahlreiche Wöchnerinnen untergebracht. Man kann nicht den geringsten Grund für die Verzögerung der Hoffnung entdecken.

Milchversorgung.

Die Vollmilchkarten kommen in den nächsten Tagen in den zur Fettstelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden zur Ausgabe. Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Karten bis 10. Juni einschließlich dem Kleinhandlervorzulegen. An den zur Ausgabe gelangenden Milcharten ändert sich nichts; den Kindern, die nach dem 1. Juli 1917 geboren sind, ist ein Vorkaufrecht derart eingeräumt, daß bis zum 18. Juni einschließlich nur Anmeldungen auf diese Karten zulässig sind. Nach Ablauf dieser Anmeldefrist haben sich die übrigen Milchberechtigten in der Zeit vom 14. bis zum 18. Juni anzumelden. Die Milcharten dürfen von den Händlern nicht in Gewahrsam genommen werden, sondern verbleiben in Händen der Bezugsberechtigten. In Berlin sind die Vollmilch-karten für Juli 1918 in der Zeit vom Freitag, den 7., bis Dienstag, den 11. Juni, einschließlich von den Brotkommissionen abzugeben. Die Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugeführt.

Die Fettstelle wird voraussichtlich in der Lage sein, an sämtliche Kinder Groß-Berlins, welche in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1912 geboren sind, wöchentlich 1 Liter Mager- oder Buttermilch bezugsweise auszustellen.

Der Milchhändler hat auf jeder ihm vorgelegten Magermilch-karte zu vermerken, zu welchem Bezirk der Kunde gehört, und an welchen Wochentagen er Magermilch erhält.

In Berlin sind die Magermilchkarten in der Zeit vom 7. Juni bis spätestens 11. Juni 1918 von den Brotkommissionen abzugeben. Das Alter des für den Magermilchbezug in Betracht kommenden Kindes ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen.

Räseverteilung. In der Zeit vom Donnerstag, den 6., bis Sonntag, den 9. Juni, wird in den im Norden Berlins (Gesundbrunnen-Bezirk) gelegenen Bezirken der Brotkommissionen Nr. 115, 121, 126, 130-132, 152, 153, 158, 160-170, 173, 182, 185, 187 bis 190, 198, 206, 207, 211, 218, 226, 236 und 241 auf das Mittelstück der zur Zeit gültigen Speisefettkarten pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Nachträgliche Einlösung von Zweimarkstücken. Die Zweimarkstücke sind bekanntlich außer Kurs gesetzt. Jetzt hat der Staatssekretär des Reichsschatzamts in Vertretung des Reichskanzlers bestimmt, daß solche Stücke noch bis zum 1. Juli 1919 bei der Reichshauptkasse in Berlin eingelöst werden können, wenn glaubhaft gemacht wird, daß sie aus den deutschen Schutzgebieten oder aus dem Ausland nach dem 1. Juli 1918 eingegangen sind.

Großer Seidenbiefahl. Durch die Kerberbede gingen Einbrecher, die in der Nacht zum Mittwoch das Konfektionsgeschäft von Klein in der Jerusalemer Straße 44/45 heimlich. Sie hielten in den ausgedehnten Räumen ungehindert Umhau, fuhren für etwa 100 000 M. Waren aus und entkamen unangefochten mit der großen Beute.

Schöneberg. Wer ist minderbemittelt? Uns wird geschrieben: In der Hauptstraße verläuft die Stadt jetzt Männerleidung, so genannte Kriegsanzüge. Ich zähle nicht zu den Mäßigarbeitern, sondern habe als Kunstfänger Guttenberg ein Einkommen von 68 Mark wöchentlich, dabei für drei kleine Kinder zu sorgen, und habe drei Jahre Kriegsdienste geleistet. Glaube daher mich trotz meines „schönen“ Handwerks zu den Minderbemittelten zu rechnen und wollte infolge dessen nun einen „billigen“ Anzug für 80 Mark von der städtischen Verkaufsstelle holen. Jedoch der Ausweis wurde mir im Rathaus, Zimmer 54, verweigert, weil mein Einkommen schon zu hoch. — Daß ich Kriegsinvalide bin, nur einen Arm richtig gebrauchen kann, sei nur nebenbei erwähnt. — Die Beamten rechnen eben 52 x 68 Mark ist soundsoviel. Abzüge vom Lohn, Verlust durch Krankheiten usw. gibts ja nicht und 200 bis 300 Mark für einen Anzug kann sich jeder leisten. Es wäre daher zu wünschen, daß die Stadt bei dem Verkauf etwas toleranter verfährt.



**Neußeln. Warenverteilung.** Von heute bis Mittwoch, den 12. Juni, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 29 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neußeln 150 Gramm Gruppen bezw. Gerstengröße entnommen werden. Der Verkaufspreis für 500 Gramm beträgt 36 Pf.

Auf Abschnitt F der Neußelner Haushaltungskarte dürfen in dem amtlich bekanntgegebenen Drogenhandlungen je Haushalt bis 1/2 Pfund ausländische Reisstärke abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm Reisstärke 21,60 M.

**Wilmersdorf. Lebensmittel.** Für jeden Einwohner werden demnächst auf Grund besonderer, durch die Protokommisionen zur Ausgabe gelangenden Ausweise, je nach Wahl, 2 Pfund Einmachegur oder 3 Pfund Kamillhonig verteilt. Die Voranmeldung hat von Mittwoch, den 6., bis einschli. Mittwoch, den 12. Juni, durch Abgabe des Abschnittes C der Bezugskarte für Einzelpersonen (6. Ausgabe, grün) zu erfolgen.

**Lichtenberg. Lebensmittel.** Von Montag, den 10. Juni, ab wird für Kinder vom 6.—12. Lebensjahre für den Ausfall an Milch je 1 Pfund Weizenmehl zum Preise von 74 Pf. ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt auf die Lebensmittelkarte G. Abschnitt 221, in den hiesigen städtischen Verkaufsstellen und den Filialen der Konsumgenossenschaft. Die Wagemilchkarten für die Monate Juli, August, September gelangen in der Lebensmittelkarten-Ausgabe-Stelle Scharnweberstraße 19 von 8 bis 2 Uhr zur Ausgabe und zwar heute für die Buchstaben A—D, morgen E—G, Sonnabend H—K, Montag L—N, Dienstag O—R, Mittwoch S—U und am Donnerstag, den 13. d. Mts., für die Buchstaben V—Z. Wagemilchkarten erhalten Kinder, welche in der Zeit vom 1. 7. 1906 bis 30. 6. 1912 geboren sind. Das Alter des bezugsberechtigten Kindes ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen.

**Friedrichshagen. Ausgabe dänischer Milch.** In nächster Zeit gelangen zur Ausgabe an Kinder im 7. Lebensjahre, das sind diejenigen, welche in der Zeit vom 1. 4. 11 bis 30. 3. 12 geboren sind, ferner an über 65 Jahre alte Personen, das sind diejenigen, die am 1. Juli 1853 und früher geboren sind, je 1 Flasche dänische Milch. Der Preis dafür beträgt 1,50 M. Die Abgabe erfolgt in den bekannten Milchgeschäften. Die erforderlichen Bezugskarten hierzu für die Buchstaben A bis K werden heute, für die Buchstaben

L bis Z morgen während der Dienststunden von 8 bis 2 1/2 Uhr im Einwohnermeldeamt ausgegeben. Als Ausweis sind von den Antragstellern die Haushaltungslisten vorzulegen.

**Friedrichshagen. Eierverteilung.** Bis morgen kommen auf 25 Schnitt 10 der Eierkarte je 8 Eier zum Stückpreise von 38 Pf. zur Verteilung. Fiedler müssen innerhalb drei Tagen im ganzen Zustande zurückgegeben werden.

**Brennholzabgabe.** In der Kohlenstelle der Gemeinde, Friedrichstr. 97, können Bestellungen auf Kloben und Knüppel ausgegeben werden. Die Anfuhr kann durch die Gemeinde sofort ausgeführt werden.

**Frauen-Leseabende.**  
**Schöneberg.** Heute bei Dbst, Martin-Luther-Str. 69: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Vinus über: „Die Krebskrankheit und ihre Behandlung“.

**Jugendveranstaltungen.**  
**Neußeln.** Jugendheim, Berliner Str. 86/87. Freitag, den 7. Juni, abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Heilmann: Weltgeschichte.

**Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.** Montag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Schulg. Pöhlchen, Am Königgraben Nr. 2: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Große öffentliche Übung in Rüstübungen. Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 2 Uhr, Treffpunkt im Restaurant Freund, Am Markt 10 1/2, Uhr vom Bahnhof Brunenwald, für Nachzügler ab Bahnhof Charlottenburg um 12.15, 1.12, 1.55 bis Pöhlchen, von da rechts schräg durch den Wald über Heerstrassenbrücke circa 25 Minuten.

Die Turnübungen des Schöneberger Arbeiter-Turnvereins finden jetzt jeden Donnerstag in der Turnhalle der 14. Gemeinde-schule, Versteigergaden Straße, von 6—10 Uhr statt; außerdem Dienstag und Sonntag auf dem Turnplatz an der Rudenstraße im Friedenauer Ortsteil. Besonders machen wir die Arbeiter auf unsere Kinderabteilung aufmerksam.

**Briefkasten der Redaktion.**  
**G. G. 91.** 1. Das entzieht sich unserer Kenntnis, gemönlch wird die Erlaubnis in kürzester Zeit erteilt. 2. Die Geburtsurkunde kann ohne dies

eingeliefert werden. — **M. 85.** Der Wirt kann klagen, Sie könnten sich wegen der ungerechtfertigten Steigerung an das Viehhaltungsamt wenden. — **N. 103.** Wenn Sie die Erlaubnis vom Regiment dazu nicht erhalten, können Sie dagegen nichts machen. — **K. 2. K.** Sie sind im Irrtum, Sie können wieder zum Frontdienst verwendet werden. — **100 Train 24.** Der briefliche Verkehr ist zulässig, Briefsendungen müssen aber offen erfolgen. — **S. K. 21.** Sie müssen sich an das Viehhaltungsamt, Zimmerstraße, wenden. — **B. G. 303.** Senden Sie sich mit einer Darstellung der Sache an das Kriegsmilitär-, Verlegungs- und Verpflegungsamt. — **N. B. 12.** Das ist kein Diebstahl, die Futtermittelverteilungsgesetze ist dazu berechtigt, Sie können dagegen nichts unternehmen. — **G. 8. 100.** Sie können dort anfragen. Und ist über die Entlastung noch nichts bekannt. — **H. D. 11.** Das bezieht sich nur auf die Unteroffiziere. — **S. 1. 1.** Nein. — **S. 74.** Es ist fraglich, ob die betreffenden Zahlen sich auf die Krankheits beziehen. Sie würden bedeuten: neunzehntausend und hundert Stottern. Bei welchen Krankheiten jemand selbstständig ist, können wir Ihnen nicht sagen, das entscheidet der Militärarzt. — **G. 2. 51.** Der Befehl auf Ihre Reklamation wird Ihnen schon noch zugehen. Sie müssen sich gebüden. — **M. 1. 101.** 1. Der Verdienst hat damit nichts zu tun, es handelt sich darum, wie hoch die Entlohnung des Arztes bemessen wird. 2. Ja. 3. Felddienstschein wird der Mann unter diesen Umständen nicht sein, auch ist mit seiner Einziehung wohl kaum zu rechnen. Er kann aber auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu kriegswichtiger Arbeit verpflichtet werden. — **P. 2. 1.** Nein. 2. Ja. 3. Günstigste Sammlung erhalten Sie in jeder größeren Buchhandlung. — **R. 3. 100.** Von einer Beförderung der Firma B. von 300 Liter Sahn nach dem königlichen Schloß ist uns nichts bekannt. Sollten Sie genauere Anhaltspunkte dafür haben, so übermitteln Sie die Angelegenheit der Poststelle Groß-Berlin. — **B. 17.** Da an der Verwaltung der Rudenstraße die Vertreter der Arbeiterorganisationen beteiligt sind, so besteht kein Grund zu den von Ihnen befürchteten Mifshänden bei der Verteilung. — **M. G. 97.** Wenn keine Änderung in den Ernährungsbedingungen nach Eingehung der Ehe eintritt, so wird Unterhalt nicht gezahlt. — **Kriegsbeschädigter C. 35.** 1. Wenn Beschädigter vorliegt, kann Ihnen bei Wiederherstellung eine Abfindungssumme bis zu 1000 M. gezahlt werden. 2. Wenn es sich um Steuerrückstände Ihres verstorbenen Mannes handelt, ja. 3. Ja. — **G. 5. 18.** Eine Reklamation erhebt man ausnahmslos, übrigens ist mit solcher Sicherheit mit der Entlastung des Jahrgangs 1870 noch nicht zu rechnen. — **A. 3. 322.** Ihre Frau hat keinen Anspruch auf die Feuerungsgeld, die für Sie als Beamter in Frage käme. — **M. 3. 548.** 1. Ja 2. Nein. — **N. 3. 1.** Die Kündigung kann erfolgen, aber nur zu dem im Beitrage festgesetzten Termin. 2. Darüber ist nichts Bestimmtes festgesetzt.

**Vermerksachen für das mittlere Norddeutsche des Freitag mittags.** Wollsch Heiter, aber veränderlich, besonders östlich der Oder öfter leichte Regengüsse, in der Nacht zu Freitag kühl, in den Mittagsstunden ziemlich warm.

**Deutsches Theater.** Allabendl. 8: Max Pallenberg in Familie Schimek.  
**Kammerspiele.** Allabendlich 7 1/2 Uhr: Inkognito. (Operette).  
**Volksbühne.** Th. A. Blöwpl. Untergrundb. Schönh. Tor. Allabendlich 7 1/2 Uhr: General York. (Vaterland.)

**Theater des Westens.** Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.

**Theater Königgrätzerstr.** 7/8 Uhr zum 500. Male: Die fünf Frankfurter.  
**Komödienhaus.** 7/8 Uhr: Die Zarin.  
**Berliner Theater.** 7 1/2 U.: Biltblaues Blut.

**National-Theater.** 8 1/2 U.: Mäuschen.  
**Theater der Friedrichstadt.** Ecke Friedrich- u. Linienstr. 7 1/4. Familie Hannemann.  
 Sonntag 3 1/2, kleine Preise: Jugend von Max Halbe.

**Theater für Donnerstag, 6. Juni.**  
**Central-Theater.** 7 1/4 Uhr: Die Csardasfürstin.  
**Deutsches Opernhaus.** 7 Uhr: Der Troubadour.  
**Friedrich-Wilhelmst. Theater.** 7 1/4 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Kleines Theater.** 8 Uhr: Aristid und seine Fehler.  
**Komische Oper.** 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.  
**Metropol-Theater.** 7 1/4 Uhr: Die Rose von Stambul.  
**Neues Operettenhaus.** 7 1/4 Uhr: Der Soldat der Marie.  
**Walhalla-Theater.** 7 1/4 Uhr: Donauweibchen.  
**Rose-Theater.** 7 1/4 Uhr: Bachstelzen.  
**Rennen zu Berlin-Grünwald.** Donnerstag, 6. Juni 1918, nachmittags 2 1/2 Uhr: 8 Rennen i. Werte von 95000 M., darunter: 27 000 M. u. Ehrenpreis (silberner Schild Kais. Wilhelms II.) 16 000 M. u. Ehrenpreis (silbernes Pferd) 16 000 M. u. Ehrenpreis (gold. Peitsche)  
 Stadtbahn, Untergrundbahn bis Reichskanzlerplatz, Straßenbahn D und U bis Bahnhof Moorstraße, R und P bis Spandauer Bock.

**Lastspielhaus 7 1/4 Uhr:** Die blonden Mädels v. Lindenhof  
**Residenz-Theater 7 1/4 U.:** Flimmerklärchen  
**Schiller-Theater 7 1/4 Uhr:** Der Leibalte.  
**Schiller-Th. Charl.** 7 1/4 Uhr: Ein Erfolg.  
**Thalia-Theater 7 1/4 Uhr:** Unter der blühenden Linde  
**Theater am Nollendorferplatz 8 1/2 U.:** Postillon von Loujumeau.  
**Wintergarten.** Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: Ohne Männer kein Vergnügen.  
**Trianon-Theater.** 8 1/2 U.: Ohne Männer kein Vergnügen.  
**Sebensschüler.** Sonnabend 7 1/4 kleine Preise: Schneewittchen. Sonntag 12 U.: Johannisfeuer. Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

**Achtung!**  **Achtung!**

**Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin**

**Sonntag, 9. Juni, vorm. 10 Uhr** findet eine **Besichtigung des Krematoriums in Baumschulenweg** statt. Mitglieder, Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.  
 500/10 **Der Vorstand.**

**Ursinus-Glied Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß**  
 Friedrichstr. 128 Oranienb. Tor Sprechst. 11-1, 6-8 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

**Bekanntmachung. Magermilch.**

Die Magermilchkarten für die Monate Juli, August und September 1918 kommen in den zur Fettstelle Groß-Berlin (Milch) gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen zur Ausgabe.

Jeder Haushalt erhält für jedes in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1912 geborene Kind eine Magermilchkarte, und zwar sind die Karten der Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912 geboren sind, rot und mit „I“ bezeichnet, der Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 geboren sind, grau und mit „II“ bezeichnet, der Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1908 geboren sind, grün und mit „III“ bezeichnet.

Die Magermilchkarten gelten vom 30. Juni bis 28. September 1918. Umwidmungen während der Gültigkeitsdauer der Karten sind nur bei einem Wohnortwechsel gestattet.

Die Inhaber der Magermilchkarten haben die Karten spätestens bis zum 16. Juni 1918 einschließlich dem Milchhändler vorzulegen.

Der Milchhändler hat die Kontrollabschnitte abzuschneiden, der Abschnitt (links unten) ist von ihm auszubewahren, der Abschnitt Kontrollabschnitt für die Fettstelle (rechts unten) hat er bis zum 21. Juni d. J. einschließlich der Fettstelle (Groß-Berlin (Milch)), Abteilung Magermilch, Poststraße 13, einzuliefern.

Auf eine Magermilchkarte soll wöchentlich je 1 Liter Magermilch zum Preise von 30 Pf., bezirktweise wie bisher, abgegeben werden. Falls nicht genügend Magermilch zur Verfügung steht, wird beabzichtigt, Buttermilch auf die Magermilchkarten zu verabfolgen.

Der Milchhändler hat auf jede ihm vorgelegte Magermilchkarte zu vermerken, zu welchem Bezirk und Unterbezirk der Karte gehört und an welchem Wochentage er Magermilch oder Buttermilch erteilt.

Die Magermilchkarten dürfen von dem Händler nicht in Gewächsam genommen werden, sondern verbleiben in Händen der Bezugsberechtigten. Die Milcharten sind ausschließlich beim Bezug von Magermilch vorzulegen; beim jedesmaligen Bezug hat der Milchhändler den gültigen Wochenabschnitt abzutrennen und an sich zu nehmen.

Berlin, den 1. Juni 1918.  
**Fettstelle Groß-Berlin (Milch).**

Die Magermilchkarten für die Monate Juli, August und September 1918 sind in Berlin in der Zeit vom Freitag, den 7. bis Dienstag, den 11. Juni 1918 einschließlich von den Protokommisionen abzugeben. Das Alter des für den Bezug in Betracht kommenden Kindes ist erforderlichfalls durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen.

Berlin, den 1. Juni 1918.  
**Magistrat der königl. Haupt- und Residenzstadt.**  
 Zg. IV/11. G. 201.

**Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.**

**Bekanntmachung betr. Anziehungswahl.**

Da zu der auf den 16. Juni 1918 anberaumten Wahl nur ein Wahllokal eingegangen ist, so gelten die Vorgelegenen als Ausschussmitglieder gewählt.

Die Liste enthält 16 Vertreter, beginnend mit dem Namen Karl Braun und endigend mit Hermann Grund und 40 Ergänzende, beginnend mit dem Namen Max Jenke und endigend mit Paul Ulrich.

Die für den 16. Juni 1918 anberaumte Wahl findet daher nicht statt.

Anfechtungen gegen die Gültigkeit der Wahl sind innerhalb einer Woche bei dem unterzeichneten Vorstand anzubringen.

Bln.-Tempelhof, 4. Juni 1918.  
**Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, gez. Ernst Krieger, 1. Vorsitzender. 268/11**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Reichsmarshaller Friedrich Krassow am 2. Juni an Tuberkulose gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Ahrenshöhe aus statt. Abfahrt des Juges 2 Uhr 6 Minuten. Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachrufe.** Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter Rudolf Rehbaum am 1. Juni an Brustkreisliden gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hammer Georg Helmke am 31. Mai an Lungenerleiden gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, die Arbeiterin Elise Neumann am 1. Juni an Brustfellentzündung gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Heizungsmonteur Ludwig Rochler am 29. Mai an Lungenerleiden gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 113/1 Die Ortsverwaltung.

**Busch**  
 Nur noch kurze Zeit! Täglich 7 1/2 Uhr: Das große Abschieds-Programm und zum Schluß: Frühlingsspiele mit den lustigen Wasser-Szenen.

**Berliner Prater-Theater**  
 Kastanienallee 7—9. Täglich: Im Wolkentaxameter. Große Poffen-Revue in 6 Bildern Dazu die großart. Spezialitäten

**Reichshallen-Theater.** Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.  
 Reichshallen-Saal 7 1/2 U.: Großes Blüthen-Konzert.

**Schweizergarten**  
 Am Königstor Am Friedrichshain 29—32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Über 5000 Sitzplätze. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitätenvorstellung. Anfangs Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

**Admiralspalast.** Die Prinzessin von Tragant. Saal. Deutsche Tänze. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

**Der moderne Metallarbeiter.**  
 Ratgeber für Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer. 4. Aufl. 340 Seiten mit 135 Abbild. Von Otto Schwann. Dieses Werk hat es sich zur Aufgabe gemacht, jed. Metallarbeiter in den Stand zu setzen, schnell u. sicher die vorkommenden Berechnungen der Wägen an Drehbänken u. Gewindenschneidern vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitslehre, Stahl u. seine Verwendung, Berechnung der Tourenzahl, um fönisch zu drehen, Zahlen in Bahnen zerlegen, Prozentrechnen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Kreisumfangs-, Potenzen-, Wurzeln-, Verzahnung-, Nuten-, Mantel-, Nutstift-, u. Vernichtberechnung, Schraubens u. Gewindearbeiten, Prüfen von Zahnrädern, Kurven u. Spiralen, Bestimmen der Wägenlasten u. vieles and. Wissenswerte. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben u. daher bestens zu empfehlen. Gegen Einsend. von 5.20 M. oder Nachn. 5.50 M. **Edm. Herrmann,** 261, 2. Berlin, Fruchtstr. 51. Gehaltszeitg 8—6. (Postfach 798.)

**Zahngebisse,** Platin, Gr. 7,60, Ketten, Ringe. Besteht aus **Fran Wagner,** Raiserstr. 18 I (Alexanderplatz).

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Koeben** für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bein-kranken. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 81,** gegenüb. Königstr. 56/57, gegenüb. Rathhaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonntag 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**100 Schreibmaschinen** erstklass. Systeme m. Garant. Farbbänd. Koble. u. Durchschlagsapparate.

**Rechenmaschinen** Vervielfältigungs-Apparate Waschpapiere u. Farben

**Büromöbel** Reparaturwerkstatt für alle Büromöbel.

**Wilh. Dreusicke** vorm. Dreusicke & Goltz Berl., Kommandant St. 19

**Tabak.** 100 000 Pflanzen. Beste Pflanzzeit bis Juli nach Frühkartoffeln. 60 000 Tomaten. Sorte bringt laubhaften Ertrag. Sonnenblume. Meisenforte, für Speiseöl. Geflügelfutter. Sammelbüchlein. Spinat, hochfein. Weisheitsfrei. Koch, Jochen, Dorf, Lichterfeld Straße, 2870\*

**Sozialdemokratisch-Zentr.-Wahlverf. f. Ickow-Beeskow. Bezirk Cöpenick.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse **Karl Möhrke** verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 6. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Kirchhofes aus statt. 1918 Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksleitung.

**Deutscher Transportarbeiterverband.** Bezirksverband Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Plakarbeiter **Ludwig Schönfeld** am 29. Mai im Alter von 66 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neußelner Gemeinde-Friedhofes, Partendorfer Weg, aus statt. 62/2 Die Bezirksverwaltung.

**Johannes Schröder**  
 Voltstr. 36. Dienstag früh nach kurzem Kampf sanft entschlafen ist. Die trauernde Witwe **Jda Schröder** nebst Schwiegermutter. Die Einäscherung findet Sonnabend 2 Uhr Krematorium Reichstraße statt.

**100 000 Tabak.** Sorte. Beste Pflanzzeit bis Juli nach Frühkartoffeln. 60 000 Tomaten. Sorte, vorkriegsartige, laubhaft. Ertrag. Sonnenblume, raff. Meisen, für Speiseöl, statt Wand. Geflügelfutter, immerwäh. Spinat, hochf. Weisheitsfrei. Koch, Jochen, Dorf, Lichterfeld Straße, 2870\*

**Ernst Bubner**  
 3. R. 113, 1. Bat., 3. Komp. sein junges blühendes Leben im Alter von 20 Jahren im Westen geopfert hat. Sein feier Humor und sein edler, guter Charakter sollen uns ein bleibendes Vorbild sein. 167/2 Seine Freunde **Bruno Haude, J. J. Feld, Familie Haude, Otto Frohst, J. J. Feld, Walter Engelke, J. J. Feld, Erich Gohlisch, J. J. Gohlisch.**

**Anna Wittke**  
 geb. Müller im 56. Lebensjahre. In tiefem Schmerz **Karl Wittke** und Kinder. Berlin O 27, den 5. Juni 1918. Blumenstr. 47. Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Marien-Kirchhofes, Wilhelmstraße, aus statt. 188/1



Eine Großtat der Wissenschaft.

Von Dr. Ludwig Stab.

In Wisp, dem bekannten Bahnknotenpunkt der Südschweiz, von wo alljährlich viele Tausende von Fremden nach Zermatt in das Gebiet des Matterhorns gelangen, geht jetzt ein Werk seiner Vollendung entgegen, das zwar in erster Linie für die Schweiz von allergrößter Wichtigkeit ist, aber darüber hinaus für die ganze Kulturwelt große Bedeutung hat, denn die Inbetriebnahme dieses Werkes bildet einen Meilenstein in der chemischen Industrie und ist ein Triumph der Wissenschaft, dessen der Menschheit nützliche Folgen heute noch gar nicht ermessen werden können.

Es ist nun für jedermann von Interesse, diese gewaltige Großtat der Chemie in kurzen Zügen näher kennen zu lernen. Es ist seit langer Zeit eine der größten Aufgaben der Chemie, die Frage zu lösen, ob aus anorganischen Stoffen oder Elementen Verbindungen oder Stoffe herzustellen sind, die bisher nur unter Zuhilfenahme lebender Organismen gewonnen werden konnten.

Durch Erhitzung eines Gemisches von Kohle und Kalkstein in einem gewöhnlichen Ofen erhält man bekanntlich den gebrannten Kalk, der schon seit Jahrtausenden zur Mörtelbereitung dient. Wirkt aber eine weit höhere Temperatur, die nur im elektrischen Ofen erzielt werden kann, auf ein solches Gemisch, so geht der Kalk mit der Kohle eine Verbindung ein, die den Namen Kalziumkarbid oder kurzweg Karbid führt.

Wird aber dem Aldehyd, das die chemische Formel CH<sub>2</sub>·COH hat, anstatt des Sauerstoffs Wasserstoff zugeführt, dann wandelt es sich in Methyllalkohol oder Spiritus um, und das ist wohl die gewaltigste und folgenreichste Erfindung dieser chemischen Großtat.

Die Tragweite dieser Erfindung können wir erst ermessen, wenn wir bedenken, daß zur Gewinnung des Spiritus bisher ganz ungeheure Mengen von organischen Stoffen, also Getreide und vor allen Dingen Kartoffeln gebraucht werden mußten. Millionen von Zentnern Kartoffeln wanderten jährlich in die Brennereien, um den nötigen Spiritus zu erzeugen, diese Millionen wurden dadurch aber ihrem eigentlichen Zwecke, den Menschen und Tieren als Nahrung zu dienen, entzogen.

Manches Land kann heute seinen Spiritus aus eigenem Material nicht erzeugen, da ihm dazu die nötigen Anbauflächen für Kartoffeln vollständig fehlen; nach der neuen Methode der Spiritusgewinnung fällt aber diese Bedingung vollständig weg, da handelt es sich nur um verhältnismäßig geringe Mengen von Kohle, die sich jedes Land, wenn es auch selbst keine Bergwerke besitzt, leicht beschaffen kann.

Kammerspiele: Operette „Infognito“.

In den heiligen Hallen der Kammerspiele, in denen es sonst so gedämpft und gemessen zugeht, herrschte am Dienstagabend fröhliches Gelächter und lauter Beifall bei offener Szene. Die unvermeidliche Operette, die vor ihrem nahenden Tode noch manchmal blühendes Leben vorwärts, hat als Sommerunternehmung des betriebamen Direktors Glöckl hier ihren Einzug gehalten.

Residenz-Theater: „Flimmer-Klärchen“.

Nach den jeweiligen Altklässen dieses „muffelischen Schwanks“ machten sechs Profa- und Verdicht-Erfinder, Tanzmeister usw. an der Rampe ihre mehr oder minder talentvollen Anstandsübungen. Dabei wurde, trotz Höchstpreissetzung, auffällig reichlich „Grünzeug“ ausgeboten.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Nachen wir's?“ wiederholte Worowiecki, blieb stehen und versenkte seine Blicke in das Chaos der Schornsteine, die in der Dunkelheit sich ganz verschwommen abzeichneten, in die schwarzen, unbeweglichen, in ihrer steinernen Ruhe furchtbaren Fabrikmassen, die an allen Enden und Ecken sich erhoben.

„Morgen!“ warf ihm ein Vorbeieilender zu. „Morgen...!“ flüsterte er und ging langsam weiter. Zweifel nagten an ihm. Tausend Gedanken, Rissen, Möglichkeiten und Kombinationen durchflogen sein Gehirn.

Tausende von Arbeitern krochen plötzlich wie flinke, schwarze Schwärme aus den Seitenstraßen hervor, die wie mit rot angefüllte Kanäle aussahen, und aus den Häusern, die am Ende der Stadt wie Rehrichthäuser herumlagen. Das Geräusch der Schritte, das Getöse der Blechnäpfe, die im fahlen Licht der Laternen erglänzten, das harte Klappern der Holzschuhe erfüllten die Piotrkower Straße mit unheimlichen Lauten, mit einem schläfrigen Gemurmel und dem Aufklaffen des Schmutzes unter den Füßen.

Sie überfluteten die ganze Straße. Von allen Seiten kamen sie und drängten sich auf den Bürgersteigen. Mitten auf dem Straßendammliefen sie und wankten durch Pfützen und Kot. Die einen stellten sich in ungeordneten Reihen vor den Fabrikstoren auf, die anderen verschwanden in langen Reihen hintereinander in den Lören, von den aus dem Inneren hervorquellenden Lichtmassen wie verschlungen.

Aus den dunklen Tiefen begannen Lichter aufzusickern. In dem schwarzen, schweißsamem Fabrikviereck entflammten plötzlich Hunderte von Fenstern und leuchteten wie mächtige Feuerzungen. Elektrische Sonnen tauchten in den Schatten auf und funkelten in dem leeren Raum.

Aus den Schornsteinen stieg weißer Rauch auf und verhüllte den ganzen gewaltigen, steinernen Wald, der sich auf tausend Säulen zu stützen schien und vom Zucken des elektrischen Lichts erzitterte.

Die Straßen wurden leer, die Laternen wurden gelöscht, die letzten Pfeifen verstummten. Nur der Regen und das immer leisere Dröken des Windes unterbrach die Stille, in der die Straße versank.

Wirtshäuser und Bäckereien wurden aufgemacht. Hier und da, in einem kleinen Dachfenster oder in den Souterrains, in die der Straßenfotz hereindrang, flackerte ein Licht auf.

Woh in den unzähligen Fabriken schäumte ein erschöpfendes, fieberndes Leben; das dumpfe Getöse der Maschinen zitterte in der nebligen Luft und drang bis zu Worowiecki, der immer noch in der Straße auf und ab ging und in die Fabrikfenster blickte, hinter denen sich die schwarzen Silhouetten der Arbeiter und die riesenhaften Konturen der Maschinen abzeichneten.

Er hatte keine Lust, an die Arbeit zu gehen. Es war ihm ein angenehmes Gefühl, so herumzuschlendern und an seine zukünftige Fabrik zu denken, sie einzurichten, in Betrieb zu setzen, zu überwachen. Er vertiefte sich so in seine träumerischen Gedanken, daß er manchmal genau die zukünftige Fabrik um sich herum hörte und fühlte. Ganze Stöße von Waren sah er, er sah das Kontor, die Käufer, den wahnwitzigen Betrieb, er sah, wie eine mächtige Welle von Reichtümern auf ihn zuströmte. Er lächelte unbewußt, ein feuchter Schimmer glänzte in seinen Augen. Das blasse, schone Gesicht erglühete vor tiefer Freude. Nervös strich er sich durch den vom Regen nassen Bart und erwaachte.

„Es ist zu dumm“, flüsterte er unwillig und schaute sich um, fürchtend, daß jemand seine momentane Schwäche hätte sehen können.

Es war niemand da, aber es sagte schon. Aus dem schwachen, nebligen Morgengrauen begannen allmählich die Konturen der Bäume, der Fabriken und Häuser aufzutreten.

Am Ende der Piotrkower Straße bog Worowiecki nach links ab in eine kleine, nicht gepflasterte Gasse, die von ein paar an Schnüren hängenden Laternen und von einer riesigen Fabrik erhellt wurde. Alle Fenster des langen, vierstöckigen Gebäudes leuchteten hell.

Rasch zog er eine mit Farbflecken beschmutzte Bluse an und lief nach seiner Abteilung.

II.

„Morgen, Murray!“ rief Worowiecki. Hinter den Reihen beweglicher Kessel, in denen Farben gekocht und gemischt wurden, erschien Murray in eine lange, blaue Schürze eingehüllt. In dem fahlen, von den farbigen Dämpfen durchsättigten elektrischen Licht machte sein langes, sorgfältig rasiertes knochiges Gesicht mit den glänzenden, hellblauen und wie verblähten Augen den Eindruck einer Karikatur aus dem Punsch.

Ende ist. Logik oder halbwegs motivierte Vorgänge lassen als überflüssig bestens grühen; und die Gesangstexte sind — kurzgefaßtes Knäppelholz.

Gleichzeitig präferierte sich ein funkelnagelneuer Kompositur für leichtdrückige Musik. Was gäbe man drum, so er aus Genie land käme. Frey Fischer hat den Vorzug der Jugend für sich. Und wer bloß vom Schwan- oder Operettenring erwartet, daß alles wohlgefällig klinge, der wird schon gewaltige trigonometrische Gleichungen machen. Zweifellos gibt sich Fischer recht frisch und frisch. Allenthalben aber sieht man auf abgebrauchte Schablonen. Wer mit dem bislang gebräuchlich gewordenen sachlichen Konstruktionskram schon so sicher wirtschaftet, soll erst einmal, falls er den Mut hat, ihn resolut abzutun, nachher beweisen, ob er ein Eigen er sein kann. Bis dahin wollen wir hoffen.

Von der Herrichtung und Darstellung der Neuheit ist zu sagen, daß Henry Wender sich in unerhöplich komischer Laune erging und mit ihm die übrigen Hauptpossemmacher, von denen einige mit kluggeheilen Tenor- und Sopranstimmen aufwarteten. ok.

Der Vater der wissenschaftlichen Luftschiffahrt.

Zwei Großtaten des soeben im Alter von 73 Jahren in Gießen verstorbenen Professors Richard A h m a n n werden in den Annalen nicht nur der deutschen Wissenschaft fortleben: die Einrichtung der öffentlichen Wetterarten und die Erforschung des Luftmeers. Bereits während seiner Tätigkeit als praktischer Arzt hatte Ahmann stets ein reges Interesse für die Meteorologie gezeigt. Im Jahre 1880 richtete er eine vorzüglich ausgestattete Wetterwarte in Magdeburg ein. Das Institut, das er von 1881 bis 1885 persönlich leitete, gab zum ersten Male öffentliche Wetterarten heraus, die die tägliche allgemeine Wetterlage zeigten und dadurch eine zuverlässige Vorhergabe ermöglichten. Im Jahre 1885 ging Ahmann an die Universität Halle, die er jedoch bereits im nächsten Jahre wieder verließ, um an der Berliner Universität zu lesen. In demselben Jahre wurde er zum Abteilungsvorsteher des königlichen Preussischen Meteorologischen Instituts ernannt und nunmehr wandte er sich vor allem der Erforschung der freien Atmosphäre zu. Auch auf diesem Gebiet ist ihm die Gründung eines neuen wissenschaftlichen Instituts zu verdanken, die des Aeronautischen Observatoriums in Berlin-Reinickendorf, das später nach Lindenberg verlegt wurde. Von 1904 bis 1914 stand Ahmann dem Observatorium vor, und während der Zeit dieser Tätigkeit betätigte er sich nicht nur als Herausgeber der Zeitschrift „Das Wetter“, sondern er konstruierte auch wertvolle Instrumente zur Erforschung der Atmosphäre, ferner die Sonderballons mit selbstlaufzeichnenden Instrumenten. Nicht zuletzt die deutsche Luftschiffahrt ist Ahmann Dank schuldig. Hat er doch einen weitreichenden meteorologischen Warnungsdienst für Flugzeuge eingerichtet und eine umfassende Statistik aller in Deutschland herrschenden Winde eingerichtet.

Notizen.

Die Versteigerung Trübner brachte insgesamt 3 Millionen. Der größte Teil der Anläufe ging an die Auktionshändler, die offenbar noch mit weiteren Steigerungen der Kunstwerke rechnen. — Unter den alten Meistern erzielte Lukas Cranach Diana (Akt im Freien) 27 000 M. Bemerkenswert hoch wurden auch die Gobelins und Teppiche bezahlt. Ein gotischer Gobelins brachte es auf 27 000, ein alter persischer Teppich auf 17 200 M.

Die deutsche Kriegsgefangenenfürsorge in Bern erläßt zwei Preisauszeichnungen, an denen sich jedermann beteiligen kann. Gewünscht werden Buchzeichen für Gefangenen- und Internierten-Bibliotheken sowie Verlagsmarken für Briefe, die zugunsten der Kriegsgefangenen verlaufen werden sollen. Schluß der Einreichung 31. Juli. Alles weitere durch die genannte Fürsorgestelle.

Soissons und Pámes. Wer die Namen der beiden letzten von unseren Truppen eroberten Städte nebeneinander sieht, ahnt wohl kaum, daß beide Städtenamen aus einer ähnlichen Wurzel stammen. Beide Städte leiten ihren Namen ab von dem gallischen Volkstamm der Sueffionen, der zu César's Zeiten in dieser Gegend hauste. Soissons hieß bei den Römern Augusta Suesionum (Hauptstadt der Sueffionen), Pámes hieß Fines Suesionum (Grenzstadt der Sueffionen). Aus der Umbildung dieser Worte sind die heutigen Städtenamen entstanden. Obwohl also die Geschichte beider Städte bis in die Römerzeit zurückreicht, sind sie doch heute nur unbedeutend: Soissons zählt wenig über 10 000, Pámes gar nur 3000 Einwohner.

„Ah, Worowiecki! Ich wollte Sie mal sehen. Gestern“ abend war ich bei euch. Habe bloß Moriz angetroffen und ging gleich. Den kann ich nicht ausstehen.“

„Ein guter Kerl.“

„Was schert mich seine Güte! Ich kann seine Nase nicht ausstehen.“

„Wird die siebendzestigste Nummer schon gedruckt?“

„Ja, schon, ich habe die Farbe ausgeteilt.“

„Nimmt sie an?“

„Bei den ersten Metern hat sie etwas lackiert. Von der Zentrale kam eine Bestellung für fünfhundert Stück von Ihrem Lahn.“

„Ach so, Nr. 24, der meergrüne.“

„Und die Filiale doch hat angerufen und das selbe verlangt. Werden wir's machen?“

„Heute nicht mehr, wir haben noch andere eilige Sachen zu drucken.“

„Man hat wegen dem Varchent Nr. 7 angerufen.“

„Ist in der Appretur. Ich muß da gleich hin.“

„Ich wollte Ihnen noch was sagen...“

„Bitte, bitte,“ sagte Worowiecki höflich, aber mit einer gewissen Unlust.

Murray sah ihn unter und führte ihn in eine Ecke, hinter große Fässer, aus denen andauernd Farben geschöpft wurden.

Die Küche, so nannte man diesen Saal, war ganz düster. Unter den niedrig herabhängenden Traufen drehten sich, wie unter Stahlschirmen, langsam und automatisch, breite Kupferquirls, die die Farben in den großen Kesseln umrührten.

Das ganze Gebäude zitterte vom Gang der Maschinen. Leise huschten die Silhouetten der Arbeiter in den mit Farbflecken beschmutzten Hemden vorbei und verschwanden wie Schatten in der Dämmerung. Kolternd kamen Wägelchen heraufgefahren und fuhren schwer beladen mit fertigen Farben, die für die Druckerei und die Färberei bestimmt waren, wieder weg. Überall war die Luft von einem scharflich scharfen Schwefelgeruch durchsättigt.

„Röbel hab' ich gestern gekauft,“ sagte Murray leise Worowiecki ins Ohr. „Verstehen Sie, für das Wohnzimmer geliebte Empire. Fürs Wohnzimmer habe ich Eichenmöbel bestellt, im Stile Heinrichs IV. Fürs Voudoir...“

„Dann heiraten Sie?“ fragte ihn Worowiecki ziemlich ungeduldig.

„Ja, das weiß ich noch nicht. Ich möchte freilich so bald wie möglich.“

(Fortf. folgt.)



